

# GLOBAL

Über Ansätze des Versüches, das Unmögliche zu probieren

# RESISTANCE 2

Mit Beiträgen u.a. von  
Joachim Hirsch, Robert Kurz, Thomas Seibert



freiheit \* freedom \* libertà  
**CAPITALISM KILLS.  
KILL CAPITALISM.**



ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN [ALB]



# impresum

herausgeberin  
antifaschistische linke berlin ::[ALB]::

## eigentumsvorbehalt

nach dem eigentumsvorbehalt ist diese broschüre solange eigentum des absenders, bis sie der/dem gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-habe-nahme“ ist keine persönliche aushändigung im sinne dieses vorbehalts. wird die broschüre der/dem gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem absender mit dem grund der nichtaushändigung zurückzusenden. wird die broschüre der/dem gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten teile, und nur sie, dem absender mit dem grund der nichtaushändigung zurück-zusenden.

postfach 580 544  
10141 berlin  
tel. 030/27 56 07 56  
fax. 030/27 56 07 55  
mail@antifa.de  
www.antifa.de

preis: 3 euro (+ versandkosten)  
für gefangene kostenlos

bestellung über:  
antifaschistische linke  
berlin ::[ALB]::  
postfach 580 544  
10141 berlin

v.i.s.d.p.  
ronja shakur  
karl-marx-allee 366  
berlin

## inhalt

prose combat (alb)	5
das kapital baut um. überlegungen zur „zukunft des sozialstaats“ (joachim hirsch)	11
eu: mit sicherheit (olaf griebenow & alain mundt)	16
krisenkolonialismus. sechs thesen über globalisierung, imperialismus und radikaler kritik (robert kurz)	20
in bewegung kommen. perspektiven einer postfordistischen linken (thomas seibert)	25
common places. die globale bewegung als raum der politisierung (derive approdi)	29
sag mir wo du stehst... [ALB]	36

COOLE SCHEISSE 31

**ohne** Frühstück und noch schlimmer, ohne Kaffee laufen wir die grauen Straßen von Paris-St.Denis lang und quetschen uns in einen der überfüllten Busse, in denen man so gut schwarzfahren kann; aber an diesem Morgen denken wir nicht einmal dran, auf Kontrolleure zu achten. Wir sind, zu spät, auf dem Weg zu einem Workshop des ESF, den wir selber initiiert haben. Er trägt den Titel „think global, act global“; auf dem schmalen aber auffälligen Plakat ein vermummter Aktivist - vielleicht auch eine Aktivistin? - in Bewegung. Als wir uns am Vortag durch die drei verschiedenen Bonjour-Tristesse-Vororte bewegen, an denen das ESF stattfindet, um noch ein bisschen Werbung für den Workshop

schen Kontext? Authentizität oder Simulation, Repräsentation oder Intervention? Solche und ähnliche Fragen schießen einem quer durch den Kopf, während sich gleichzeitig eine Mischung aus Neugierde und unterdrückter Angst vor mangelnder Resonanz breit machen und Auslöser sind für das diffuse Gefühl, das man hat, wenn man selber eigentlich auch nicht so recht weiß, wo es hin soll.

Der Raum in dem wir endlich ankommen - einer dieser ebenerdigen, gedrückten und asbestverseuchten Relikte der gescheiterten 70er Jahre Avantgardearchitektur und sichtbares Zeichen dafür, dass die ESF-Organisation unserem Workshop nicht allzu viel Priorität beimessen wollte - ist proppenvoll.

## **eins**

Auf dem ESF im November 2003 veranstalteten wir als [ALB] zusammen mit FelS einen Workshop, um weitere Schritte in der Koordinierung und Vernetzung linksradikaler Strukturen in Europa voranzutreiben. Seit der Gipfel-mobilisierung von Köln 1999 bestand Kontakt zu Gruppen aus Skandinavien, Spanien, Frankreich und Italien. Seitdem hat sich nicht nur viel auf der Seite des Herrschaftsprojektes Europa getan, sondern auch

# prose combat

## **ein streifzug: was nutzt der widerstand im kopf antifaschistische linke berlin ::[ALB]::**

zu machen, werden wir darauf angesprochen. Offensichtlich spricht der Titel und das Bild die Leute an - entspricht es der anderen Seite der hier in lauer Luft Zusammenhockenden, die sich zu Füßen der Kathedrale von St.Denis mit Joints und guter Laune an einem offenen Mikrofon im Rappen üben. Der anderen Seite: die Seite jenseits von come together und be happy; die Seite, in der Wut und Frust über die bestehenden Verhältnisse zusammenrauschen in militanter Aktion und die sich nicht trennen lässt von Glückhsein und der Hoffnung, im Hier und Jetzt schon ein anderes Leben möglich werden zu lassen.

Als wir nun im Bus zwischen müden Parisern und Pariserinnen auf dem Weg zur Arbeit stehen, auch wir kaputt und nüchtern der Welt gegenüber, hat man andere Bilder vor Augen - bunte Transparente bei stundenlangen Riots in Prag, schießende Bullen in Göteborg, der reglose Körper Carlo Gulianis zwischen totem Chaos. Ist die Form der Demo - oder auch Riotmilitanz wirklich noch das Prägende unserer Politik? War sie je der Knackpunkt? Wurde unsere Politik immer schon reduziert auf die Bilder der Gewalt, losgelöst vom politi-

Etwas erstaunt setzen wir uns, denn auf unsere breit verschickte Einladung gab es kaum Rückmeldung. Unser Anliegen mit dem Workshop ist es, den Versuch zu unternehmen, organisierte Strukturen in Europa anzusprechen, den Kontakt herzustellen und eine Diskussion um eine gemeinsame Praxis voranzutreiben. Wir sind uns der Grenzen unseres Unterfangens bewusst - wir teilen die generelle Auffassung von der Anti-Globalisierungsbewegung als einem großen euphorischen Haufen, in dem alle schon irgendwie dasselbe wollen, nur bedingt.<sup>2</sup> Ausschlaggebend sind die eigenen Erfahrungen der letzten Jahre, in denen wir uns mehr und mehr in internationales Terrain bewegten - Prag, Göteborg, Genua und Thessaloniki waren sicherlich die highlights, aber auch „leisere“ Orte wie Köln, Straßburg, Kopenhagen und Evian gehören dazu. Gemeinsam ist allen Schauplätzen, dass wir auf Verhältnisse gestoßen sind, die uns wenig bekannt und oft schwer einschätzbar waren. Sowohl was die Linke und das gesellschaftliche Klima in den Ländern angeht, als auch was das Maß von Militanz und Repression betrifft.

auf der Seite des europäischen/globalen Widerstands. Mehr denn je halten wir den Austausch, gemeinsame Diskussionen um Perspektiven und Aktionen für notwendig.

## **zwei**

Siehe dazu  
„Sag mir wo du stehst...“  
von der [ALB], Seite 36

So geht es darum, die bestehenden Kontakte auszubauen und darüber hinaus herauszufinden, mit wem man wie wann wo zusammenarbeiten kann, genauso, wie man es „zu Hause“ auch macht. Wichtigstes Kriterium bildet sicherlich die Einschätzung des Kapitalismus selbst – ihn zu reformieren, von Innen heraus zu verbessern, seine größten Verbrechen zu lindern liegt nicht in unserem Interesse.<sup>3</sup> Auch kein Interesse haben wir an der spaltenden Frage der Legitimität von Gewalt als politischem Mittel. Was uns vorschwebt, ist ein gemeinsam gestalteter Prozess, in dem kritische Fragen aneinander nicht ausgeblendet werden, in dem es perspektivisch möglich wird, sich gegenseitig zu korrigieren und in dem der globale Bezug sich regional und lokal dauerhaft verankern lässt.

In der Vorstellungsrunde wird klar, dass man durchaus von einem repräsentativen Querschnitt durch die europäischen Länder sprechen kann. Leute aus Schweden, Finnland, Dänemark, Großbritannien, Spanien, Griechenland, Slowenien, Italien, Frankreich, der Türkei und Deutschland sind da; von den 150 Anwesenden sind nur 30 % Frauen; von

vistische Modelle in den Nachkriegsgesellschaften – die Bedeutung von 1968 – der Zusammenbruch des Ostblocks – das Verhältnis von Theorie und Praxis – die Definition von Antikapitalismus. Es kann nicht darum gehen, jedes Detail zu erfassen. Es geht um die Sensibilisierung gegenüber den Bedingungen in den einzelnen Ländern. Wir gehen allerdings davon aus, dass sich die Ungleichzeitigkeiten der Nachkriegsgeschichte im „vereinten“ Europa immer mehr aufheben. Dies wird für die radikale Linke, ihre bisherige politische Praxis und gesellschaftliche Stellung viel verändern.

**Gibt es mehr als die Summe der Einzelheiten?**

Im Workshop geht es erstmal darum, festzustellen, was es für Ansätze gibt, wie und woran alle strukturell diskutieren, woran man sich orientiert. Es schält sich heraus, dass es eine auf den ersten Blick überraschende Ähnlichkeit in den momentanen linksradikalen Politikansätzen gibt. Das Erstarken der sozialen Kämpfe und parallel laufender Kampagnen und Aktionen mit dem selben Ausrichtungs-

**drei**

Siehe dazu  
„Krisenkolonialismus“  
von Robert Kurz, Seite 20

**vier**

Siehe dazu  
„Das Kapital baut um“  
von Joachim Hirsch,  
Seite XX

DE F-RONT ENTSTEHT ALS KAMPFENDE BEWEGUNG

wenigen Ausnahmen abgesehen reden die Männer; alles läuft auf Englisch.

Es geht um eine Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Situation der radikalen Linken in den einzelnen Ländern, um Fragen der europäischen Koordinierung, um Gemeinsamkeiten und Differenzen. Sie deuten sich schemenhaft an; es fehlen Zeit, Sprachkenntnisse und Vorbereitung für ein intensiveres Gespräch. Wir diskutieren konkret.

Fragen der Geschichte und theoretischer Bezüge werden nicht angesprochen, hängen aber unsichtbar zwischen den Statements und Berichten aus den Ländern – sie sind das Fundament, auf dem wir uns heute begegnen: die Geschichte der Industrialisierung, der ArbeiterInnenklassen, des ersten Weltkriegs und der Oktoberrevolution – die ungleichzeitige Geschichte des Faschismus in Europa – Linke Gewerkschaftstradition gegen korporati-

punkt erstaunt aber nur, wenn man ausblendet, dass die Realität aller Bedingungen, in denen gekämpft wird, mehr und mehr den selben Zwängen unterworfen wird; den selben Logiken von Arbeiten-Müssen, Sparen-Sollen und Überwacht-Werden folgen.<sup>4</sup> Dies spiegelt sich deutlich in der Linken wieder:

Die Angleichung an das soziale Niveau derjenigen Länder, in denen es nie ein vergleichbares Sicherungssystem gab, trifft die Länder des „Nordens“ – Skandinavien, die Benelux-Länder, Deutschland und Frankreich – in einer gesellschaftlichen Situation, in der radikale linke Forderungen bislang lästige Randerscheinungen am neo-liberal-konservativ-sozialdemokratischen Himmel waren. Während hier „soziale“ Kämpfe in linksradikaler Politik zumindestens in den 90ern eine geringe Rolle spielten, gab es aufgrund geschichtlicher und gesellschaftlicher Bedingungen in Län-

dern wie Italien, Spanien oder Griechenland einen größeren Bezug, stärkere Kontinuitätslinien und Traditionen, die über die offensichtlich gemeinsamen internationalen Bezugspunkte wie Krieg, Faschismus und Rassismus hinausgehen. Im Folgenden ist die Rede von der Redefinition und Wiederaufnahme sozialer Kämpfe als dem Ausrichtungspunkt linksradikaler Politik als gemeinsamer Perspektive.<sup>5</sup>

Soziale Kämpfe – ein großes Schlagwort, allumfassend, schwammig. Für manche der deutschen Linken galten die „Sozialrevolutionäre“ als Spinner, beseelt von ihrem Glauben an das unausweichliche Eintreten der sozialen Revolution. Kritisiert wurde daran die Annahme, dass soziale Verelendung automatisch zu emanzipatorischem Bewusstsein oder gar Praxis führen sollte. „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein“, sicherlich, aber von alleine kommt das Bewusstsein trotzdem nicht. Die Projektion des revolutionären Subjekts in die verarmten Massen – angesichts der bundesdeutschen Realität von brennenden Flüchtlingsheimen und Nazi-Bürger-Volksfront scheint sie tatsächlich weit hergeholt.

So bedeutete sozialer Kampf für andere eher gelebte Utopie und unmittelbare Praxis: der autonome Traum, selbstverwaltet im besetzten Haus, fuck work und klau dir dein Leben zurück, zerbrochen an der neoliberalen Neustrukturierung in Form des schlanken Staats. Die Freiräume werden momentan in ganz Europa reduziert, eingeengt, durchdrungen von den Blicken tausendäugiger big brother is watching you-Kameras.

Versatzstücke von beiden Ansätzen sind in den Berichten auf dem Workshop wieder zu finden, aber auch Neues: es geht um Forderungen, die auf die gesamte Gesellschaft ausgerichtet sind. Freier Transport in öffentlichen Verkehrsmitteln, subventioniertes Wohnen, Existenzgeld; es geht um den Versuch, verschiedene Kämpfe zu verknüpfen und aufeinander zu beziehen – kleinere Arbeitskämpfe in Zeiten von Prekarisierung und Gewerkschaftskrise zu verbinden mit dem übergeordneten Kontext, mit System- und Kapitalismuskritik.

Das heißt konkret: eine der interessantesten und radikalsten Auseinandersetzungen in Paris wird von einer französischen Organi-

sation prekarisierter ArbeiterInnen, hauptsächlich aus dem künstlerischen Bereich, bestritten: am Abend unserer Anreise schon hören wir von ihrer gerade stattfindenden Demo, die die Bullen angegriffen hat. Im Laufe der nächsten Tage folgen versuchte Besetzungen von zuständigen Behörden. Auf der großen Gesamtdemo setzt sich ihr Block zusammen mit Desobidienti-, Sans Papier- und anderen europäischen linksradikalen Strukturen vor die Demospitze, die aus Gewerkschafts-, ESF- und NGO-Politprominenz besteht. Saure Mienen hinter dem Nicht-Mehr-Fronttransparent. Auf der Hälfte der Route biegen sie

## fünf

Siehe dazu

„In Bewegung kommen“

von Thomas Seibert,

Seite 25



plötzlich ab, rennen los, Ziel ist die Besetzung eines Ministeriums, verantwortlich für massive Kürzungen. Die Entschlossenheit dieser Leute in mittleren Jahren, die spielerisch, aber mit Wut im Bauch eine Spontanität herstellen, die direkter Ausdruck ihrer gesellschaftlichen Situation ist, verwundert uns; so etwas kennen wir nicht aus unserem zu undefinierbaren Brei befriedeten und von sozialen Erschütterungen gereinigten Kartoffelland. Viele solcher – scheinbar kleinen, vielleicht tatsächlich kleinen – Beispiele ließen sich aufzählen. Kurze Momente der Hoffnung; aber sind sie wirklich mehr als die Summe der einzelnen Teile?

**sechs**

Siehe dazu  
„Common places“  
von Derive Appodi,  
Seite 29

**move the movement**

Sowohl in der Praxis wie in den Diskussionen wird deutlich, dass es ein gewisses Maß an organisierten Kernen bedarf, um Ereignisse entstehen zu lassen. So spontan, jung und eigendynamisch die „Bewegung“ nach aussen erscheint, so wenig stimmt dieses Bild nach innen. Insbesondere auf den ESFs ist ein sehr breites Spektrum vertreten – in Paris treffen wir alle erdenklichen Leute; Ökobauern, die über offenem Feuer ein ganzes, aufgespießtes Schwein braten, neoliberales Mittelalter?; unorthodoxe Christenomis, die rüstig für den Weltfrieden streiten; französische Metallgewerkschaftler, die ungleich ihren deutschen Kollegen auf der Demo mit bengalischem Feuer und allem, was Rauch und Blitz produziert, ein Riesenspektakel veranstalten; MigrantInnen mit und ohne Papieren und viel Politprominenz. Das heißt professionell agie-

rende NGO-buisness-people, gestern in Porto Alegre, heute in Paris, morgen in Bombay, jetten für eine bessere Welt. Mit Skepsis fragt man sich, ob die Versammelten hier wirklich alle einen Kampf führen, ob wir selber mit allen so verbunden sein wollen, ob es nicht langsam an der Zeit wäre, die reine Quantität als Bezugspunkt aufzubrechen und auch nach der qualitativen Seite des „Zusammen“ zu schauen. Die Auseinandersetzung wäre möglich. Denn allen Segmenten der „Bewegung“ – oder doch der „Bewegungen?“ – ist gemein, dass sie organisierte Kerne haben, die verbindlich diskutieren, initiieren, vorbereiten.<sup>6</sup> Das gilt auch für den linksradikalen Teil der Bewegung.

So dreht sich die Diskussion auf dem Workshop viel um Politikkonzepte, um den Versuch, Verbindlichkeiten und Kontinuitäten zu schaffen. Das Herangehen der italienischen Desobidienti scheint attraktiv zu sein. In Deutschland, Finnland, Schweden, Italien und Spanien schießen zeitgleich „Free Public Transport“-Kampagnen aus dem Boden, wird mit „weichen“ Formen meist städtischer Politik experimentiert. Die gesellschaftliche Isolierung der radikalen Linken aufbrechen, sich nicht als Destruktions-Avantgarde, sondern als Teil einer breiteren Bewegung sehen, wieder ein bisschen versponnener, utopischer werden. Forderungen wie die der Zapatisten „für alle alles – für uns nichts!“ rücken ins Zentrum der Orientierung. Ebenfalls gemeinsam sind die Bezüge auf antimilitaristische Positionen: die seit den Anschlägen am 11/09/01 zu vollem Ausmaß angewachsene Politik der Neuen Weltordnung mit den USA als hegemonialer Macht hat den heutigen Kriegszustand der Welt als einen extremen Ausdruck der barbarischen Seite des Kapitalismus zum Thema der Linken gemacht. So teilt man die Einschätzung, dass die weltweiten Antikriegsdemonstrationen am 15. Februar 2003 zu den Antiglobalisierungsbewegungen dazu gezählt werden muss. das ist die eine seite

Die andere, die immer schon problematischere, bestimmt sich über die vorgefundenen Bedingungen, in denen wir agieren. Und die, es war nie anders, sind gewalttätig. So bewegen sich die europäischen Diskussionen entlang all der Graustufen zwischen Un-



gehorsam und black bloc. Soll die Losung wirklich Aneignen statt „macht kaputt was euch kaputt macht“ heißen; bricht sich so die Sehnsucht nach einer konstruktiven Gestaltung einer neuen Utopie die Bahn, die die jahrelange Negation in Form der Destruktion satt hat; ist dies der Versuch, die Begrenzung der medialen Vermittlung aufzubrechen, die alles immer nur auf das Maß der Gewalt reduziert? So klingt es stellenweise in Paris durch. Insbesondere aus Skandinavien, wo der Schock von Göteborg und der darauf folgenden massiven Repressionswelle noch tief sitzt, wo sich in den letzten Jahren bewusst an anderen Politikformen orientiert wird. Jedoch ohne militantes Auftreten aufzugeben. Gerade in den letzten beiden Jahre, so berichten die GenossInnen aus Schweden, war es stellenweise wieder möglich, offensive Demos gegen Nazis zu machen, vermummt, behelmt, bewaffnet.

Es macht keinen Sinn, sich die Frage nach Militanz und Vermittlung, nach Verweigerung und Ungehorsam als Gegensätze zu stellen. Es geht darum, sich permanent am Rand der Unvereinbarkeit aufzuhalten, von Mal zu Mal neu abzuwägen, ein taktisches Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln zu entwickeln. Noch mehr geht es darum, zu erkennen, dass nicht überall das Gleiche möglich ist. So banal das klingt, so wichtig ist es: der Bericht von den hungerstreikenden Genossen in Griechenland, die auf dem Gipfel in Thessaloniki gefangen genommen wurden und seitdem gegen beschissenste Bedingungen in den Knästen kämpfen, zeigt dies deutlich. Sich klarmachen, dass die Willkür, Außerkraftsetzung des „bürgerlichen Rechts“ und Folter von Genua keinesfalls ein Einzelfall geblieben ist, sondern sich, immer ein bisschen anders, fortsetzen wird. Sich also klarmachen, dass die Internationalisierung unserer Politik auch die Internationalisierung der Antirepressionsarbeit bedeuten muss.<sup>7</sup> Denn die wenigsten, denen wegen Thessaloniki der Prozess gemacht wird, sind Leute aus Griechenland.

#### **fragend schreiten wir voran**

Etwas erschöpft stehen wir nach mehreren Stunden konzentrierter Atmosphäre auf – außer einer Mailingliste und dem Beschluss, die ESFs von nun an als Infrastruktur für



linksradikale Vernetzung und Austausch zu nutzen, scheint der Workshop nicht viel hervorgebracht zu haben. Nicht mal auf eine gemeinsamen Block auf einer der drei Demonstrationenzüge konnte man sich einigen – aber vielleicht erscheint die Ebene der unmittelbaren Umsetzung in dem Moment wichtiger, als sie ist, da nur sie als direkter, konkreter Ausdruck des Erreichten erfahren werden könnte. Wobei das Spontane, Konkrete und Unmittelbare überall in Paris zu finden war; von kleinen Aktionen, Demonstrationen, offenen Diskussionsforen bis hin zu den sich entwickelnden Gesprächen zwischen all den Einzelnen.

Die Unübersichtlichkeit, die verschiedenen Ansätze sind an sich bestimmt keine Stärke, aber offensichtlich ist, dass die Bewegung in einem Stadium der Formierung ist, in der Offenheit und Ambivalenz produktiv sind, vor starren Theorie- und Praxiskonzepten schützen, unberechenbar machen. So scheinen die verschiedenen Bewegungen in Europa momentan in diesem Punkt zusammenzukommen: aus den direkten ökonomischen Verhältnissen heraus die kleinen Alltagslinien der Subversion zu politisieren, in den Kontext des Klassenkampfes von oben zu stellen, mal in

#### **sieben**

Siehe dazu  
„EU: Mit Sicherheit“  
von Alain Mundt  
und Olaf Griebenow, Seite 16

weicher, mal harter Form. Gemeinsamer Bezugspunkt ist ein recht diffus bleibender Antikapitalismus, was von Kritikern der Globalisierungsbewegungen oft bemängelt wird. Aber jenseits davon geht es darum, festzuhalten, dass sich seit dem Zusammenbruch des Ostblocks das erste Mal eine sich weltweit verstehende und agierende Bewegung formiert, in der der internationalistische Bezug Voraussetzung und nicht erst Ziel ist. Die Bewegungen in Europa stehen aus unserer Sicht eher an einem Anfangs- als an einem Endpunkt. Überall gibt es Neuorientierungen und eine generellen Bereitschaft, sich der Problematik von global thinking and local acting zu stellen.

Und nicht nur von den Zapatisten wissen wir, wie wichtig es ist, fragend voranzuschreiten. Was das heißt? Erst einmal die wichtigen Fragen zu erkennen, die hinter all dem Gesagten liegen: wie schafft man es, das Spezifische im Bezug aufeinander zu durchbrechen, ohne es in den jeweiligen lokalen Kämpfen wegzuwischen, gar zu negieren? Wie kann man die Differenz in der Suche nach Gemeinsamkeiten integrieren und sich nicht an ihr abarbeiten? Wie schafft man es, sich in der polaren Struktur der einerseits immer stärker verknüpften Machtapparaturen zu bewegen, die andererseits bei Polizeiapparaten und Gesetzmäßigkeiten durchaus eine Autonomie bewahren und dadurch noch unberechenbarer werden? Sind die sich ergebenden (nationalen) Widersprüche für eine europäische Linke nutzbar? Wie verhalten wir uns gegenüber den Bewegungen der anderen Kontinente? Wie integrieren wir eine Kritik am Eurozentrismus in unsere Kämpfe und schlittern nicht in eine „EU-Linke“-Identität?

Und wenn man, wie bei allen internationalen Gipfeln, in den vollen Cafés, Fressbuden oder Kneipen sitzt, kaputt, zugeballert mit Eindrücken, um sich ein Stimmengrabbel, das sich aus verschiedensten Sprachen zusammensetzt und die bunte

Mischung der Leute betrachtet, so merkt man doch, dass wir uns mitten in einem Prozess befinden, in dem kommuniziert, diskutiert und zusammen agiert wird. Wir also stolpern endlich in eines dieser verstopften Etablissements, plumpsen auf die elegant-robusten Metallstühle, die es in ganz Frankreich in jedem Café gibt, irrational blitzen Gedanken an die Monopolisierung spezifischer Märkte und Lobbyismus auf, und bestellen endlich Kaffee - pardon, Grand Café Creme. Der Garçon ist höchstens siebzehn, Papa steht hinter dem Tresen und unterhält sich mit anderen alten Männern; was machen eigentlich ihre Frauen, kochen sie gerade Mittagessen, gehen sie arbeiten oder sitzen sie mit Freundinnen und reden über who knows? Der Junge serviert mit schnellen und präzisen Handgriffen, routiniert. Probiert an uns ein paar Brocken Englisch und Deutsch aus, wir stöckern mühsam mit unserem Französisch rum, alle lachen, Internationalismus light. Ist er auf unserer Seite? „Unsere“ Seite? Welche der vielen Seiten? Er jedenfalls kennt uns – Touristen, Kundschaft eben, so wie hunderte an einem Tag; in einer einzigen Bewegung wird das Trinkgeld eingestrichen, der Aschenbecher ausgeleert und der Marmortisch abgewischt, au revoir...

II



die gegenwärtige, als „Sozialstaatsreform“ gehandelte Politik zielt auf einen grundsätzlichen Umbau der Gesellschaft. Dahinter stehen nicht einfach ökonomische Zwänge, etwa das Diktat eines entfesselten Weltmarkts, sondern es handelt sich um eine gezielte politische Strategie. Dies zeigt sich schon daran, dass erst die massiven Steuer geschenke an die Unternehmer die finanziellen Löcher in die staatlichen Haushalte gerissen haben, die nun „Sparen“ zu einer Art allgemein akzeptierten politischen Leitlinie machen. Und während die Unternehmen die Kostenbelastung durch eine dreißigprozentige Aufwertung des EURO offensichtlich ganz gut verkraften konnten, wird ein halbes Prozent

Notwendigkeit entthob, sich durch eine gewisse soziale Kompromissbereitschaft zu legitimieren. Schon immer hatte der Sozialstaat ein doppeltes Gesicht. Einerseits war er das Resultat der politisch-sozialen Kämpfe, die das 19. und 20. Jahrhundert geprägt haben. Zugleich war er auch ein Instrument der sozialen Befriedung, der Integration und „Verstaatlichung“ der Arbeiterklasse. In diesem Widerspruch bewegt er sich und nimmt dabei durchaus unterschiedliche Formen an. In der Zeit des Fordismus nach dem zweiten Weltkrieg diente sein relativ starker Ausbau sowohl der politischen Legitimation in der Systemkonkurrenz als auch als Grundlage des herrschenden, auf tayloristische Massenproduk-

**eins**  
Fordismus: Phase der kapitalistische Entwicklung zwischen den 1930er und 1970er Jahren. Kennzeichen: tayloristische Massenproduktion und -konsum, Globalsteuerung der Wirtschaft, Ausbau des Sozialstaats, sozialdemokratische Reformpolitik. Der Name stammt von Henry Ford, der das Konzept für diese Gesellschaftsform entwickelte: billige Autos vom Fließband, relativ hohe Löhne, d.h. die ArbeiterInnen können die Autos auch kaufen.

# das kapital baut um

## überlegungen zur „zukunft des sozialstaates“ joachim hirsch

Lohnnebenkosten als entscheidende Wachstums- und Investitionsbremse gehandelt. Die Politik selbst erzeugt sogenannte Sachzwänge, um sich dann als alternativlos darstellen zu können. Sie zielt darauf, eine Gesellschaft zu schaffen, die sich von der des sozial einigermaßen regulierten Kapitalismus der Nachkriegszeit grundlegend unterscheidet. „Globalisierung“ ist der Schlüsselbegriff einer Diskursstrategie, die den radikalen Umbau der sozialen Verhältnisse und die Beseitigung staatlich institutionalisierter Kompromissstrukturen als Folge unverrückbarer ökonomischer Zwänge und damit als unvermeidbar erklärt.

Das hat seine historischen Hintergründe. Zunächst einmal war es die Krise des Nachkriegs-Fordismus<sup>1</sup> in den siebziger Jahren, die die sozialen Kräfteverhältnisse im internationalen Maßstab grundlegend umgewälzt und das sogenannte „sozialdemokratische Zeitalter“ beendet hat. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus nach 1989, der die Systemkonkurrenz beseitigte und damit die ökonomisch und politisch Herrschenden der

tion<sup>2</sup> und Massenkonsum gestützten Akkumulationsregimes. Die allmähliche Erschöpfung der darin liegenden Produktivitätsreserven führte, verbunden mit einer wachsenden Internationalisierung des Kapitals, schließlich zu seinem Zusammenbruch. Infolge der neoliberalen Deregulierungspolitik, insbesondere der Liberalisierung der Kapital- und Finanzmärkte, wurden die international operierenden Unternehmen von den einzelstaatlich organisierten Gesellschaften unabhängiger. Dies mündete in die Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses. Es trifft die Sache allerdings nicht genau, wenn gegenwärtig von einem Abbau oder einer Zerstörung des Sozialstaats gesprochen wird. Die staatliche Regulierung der Arbeitskraft ist gerade in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften unverzichtbar. In Wirklichkeit geht es darum, den Sozialstaat nach dem Ende der historisch besonderen Situation um die Mitte des 20. Jahrhunderts als Selektions- und Kontrollinstanz zu reorganisieren.

Auf der politischen Tagesordnung steht die Durchsetzung einer Gesellschaftsordnung,

**zwei**  
Tayloristische Massenproduktion. Der Name stammt von F.W. Taylor, der die für die Fließbandproduktion maßgeblichen Zeit- und Bewegungsstudien erfunden hat. Grundlage: extreme Zerlegung der Arbeitsgänge, intensive und monotone Arbeit, damit aber auch erhöhte Produktivität der Arbeit. Man kann den Begriff etwas vereinfachend auch mit Fließbandproduktion gleichsetzen.

**drei**

Workfare state:

wird als Gegensatz zu  
„welfare state“

(Wohlfahrtsstaat) verwendet  
und bezeichnet das

herrschende neoliberale

Modell. Grundprinzip: statt  
„soziale Hängematten“

aufzuspannen, sollen die

Leute zum Arbeiten gezwungen  
werden. Liegt der Losung

„fördern und fordern“,

Hartz I – soundsoviel usw.  
zugrunde.

**vier**

Kommodifizierung:

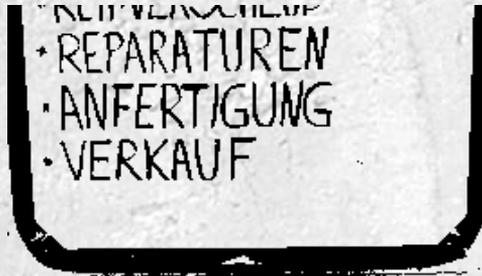
Es handelt sich darum,

soziale Beziehungen warenförmig  
zu machen. Beispiel:

unbezahlte Verwandtschafts-  
oder Nachbarschaftshilfe wird

durch bezahlte Dienst-

leistungen, Hausarbeit durch  
fast food ersetzt.



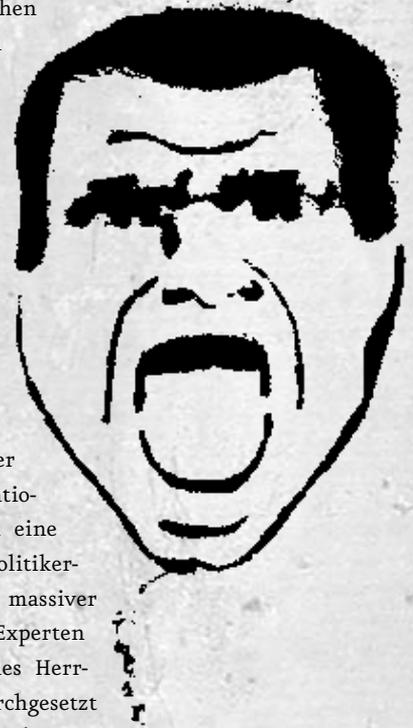
die durch eine radikale Verstärkung spaltender, ausgrenzender und disziplinierender Mechanismen gekennzeichnet ist. Der fordistische Sozialstaat wird durch den neoliberalen „workfare state“<sup>3</sup> ersetzt. Dessen Grundprinzip ist eine staatlich inszenierte „Kommodifizierung“<sup>4</sup> der Gesellschaft, d.h. der Versuch, die sozialen Beziehungen möglichst durchgängig der Warenform zu unterwerfen. Die Rücknahme sozialer Sicherungen zielt auf eine allgemeine Erhöhung des Arbeitszwangs. Dies ist angesichts der Tatsache, dass infolge der Entwicklung des globalen Kapitalismus Massenarbeitslosigkeit strukturell geworden und systematisch eine Überschussbevölkerung hergestellt wird, nur scheinbar paradox. Die Privatisierung der sozialen Beziehungen hat das Ziel, „verantwortliche“ Subjekte zu schaffen, die ihre Lebensverhältnisse nicht als gesellschaftlich und politisch produziert, sondern als selbst geschaffen und verantwortet begreifen. Es geht also darum, die disziplinierende Wirkung des Sozialstaats insoweit zu intensivieren und auszuweiten, dass die Menschen sich in der Form einer internalisierten „Selbstführung“ als Marktsubjekte den ökonomischen Bedingungen von selbst anpassen. Hinter diesem stummen Zwang der Ökonomie steht allerdings immer die staatliche Zwangsgewalt. Angezielt wird eine Neuorganisation der Sozial- und Klassenstruktur, die durch eine verstärkte Segmentierung der Lohnabhängigen nach Qualifikation und materieller Lage und das Auseinanderdividieren von „Leistungskernen“ und Marginalisierten gekennzeichnet ist. Dies steht auch hinter dem aktuellen „Eliten“ – Geschwätz. Die Schaffung einer Schicht von „working poor“, d.h. derjenigen, deren Lohnarbeit kaum noch einen minimalen Lebensstandard garantiert, erzeugt billiges Dienstpersonal für die Privilegierten und gibt dem Kapital die Möglichkeit, nicht nur die Einkommensverteilung grundlegend zu verändern, sondern zugleich die Arbeitskraft flexibler den Bedingungen der internationalisierten Produktion anzupassen und dabei auf eine hoch segmentierte Arbeitsbevölkerung zurückgreifen zu können. Eine Folge davon ist, dass in sozialstruktureller Hinsicht die Unterschiede zwischen „erster“ und „dritter“ Welt tendenziell eingeebnet werden und sich auch in den

metropolitanen Gesellschaften deutliche Peripherisierungsprozesse durchsetzen, dies allerdings bei wachsenden internationalen Ungleichheiten auf sehr unterschiedlichem Niveau.

Während der fordistische Sozialstaat der Nachkriegszeit noch darauf angelegt war, die Menschen durch gewisse materielle Zugeständnisse einigermaßen umfassend sozial und politisch einzubinden, wird nun auf einen Integrationsmodus gesetzt, der auf Individualisierung, politisch-sozialer Desorganisation und Spaltung beruht und damit die Möglichkeit bietet, Individuen und soziale Gruppen systematisch gegeneinander auszuspielen. Wenn es immer schon eine Funktion des Sozialstaats war, dem Kapital disziplinierte und entsprechend den technischen Produktionsbedingungen qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, so werden diese nun den Bedingungen einer internationalisierten und technisch weiter entwickelten Produktion angepasst. Dies betrifft nicht nur die Sozialpolitik im engeren Sinne. Die jetzt verstärkt anlaufende Privatisierung des Bildungssystems verfolgt, um nur ein Beispiel zu nennen, denselben Zweck. Dabei wird eine staatlich organisierte und regulierte soziale Apartheids-gesellschaft angezielt, die durch eine Mischung aus unmittelbarem Zwang und politisch eingesetzten Marktmechanismen gesteuert wird. Natürlich werden dadurch die sozialen Konfliktpotentiale größer. Deshalb wird der Umbau des Sozialstaats von einer massiven Aufrüstung und Ausweitung der staatlichen Sicherheitsapparate begleitet, zu deren Legitimation der sogenannte internationale Terrorismus und die „organisierte Kriminalität“ herhalten müssen. „Globalisierungs-“, „Terrorismus-“ und „Sicherheitsdiskurs“ verschränken sich dabei. Der kapitalistische „Sicherheitsstaat“, der immer zugleich Sozial- als auch Überwachungsstaat war, wird gewissermaßen neu justiert. Weil der gesellschaftliche Zusammenhalt immer weniger materiell abgesichert wird, gewinnen zugleich autoritär – populistische, rassistische und nationalistische Legitimationsstrategien an Bedeutung.

Auch wenn dabei nationale Eigenheiten und Traditionen eine Rolle spielen, ist diese Entwicklung ist keine deutsche

Besonderheit. Sie findet – modifiziert durch die jeweiligen spezifischen politischen und institutionellen Gegebenheiten – praktisch in globalem Maßstab statt. Dies betrifft nicht zuletzt die sogenannten „westlichen Demokratien“, in denen die Zerstörung rechtsstaatlicher Garantien und die Aushebelung liberaldemokratischer Institutionen in fast atemberaubendem Tempo voranschreitet. Dieser Prozess verläuft nicht automatisch, sondern hat identifizierbare Akteure. Durch die neoliberale Transformation der Staaten und durch die Internationalisierung des Kapitals hat sich eine internationale Manager- und Politikerklasse herausgebildet, die mit massiver Unterstützung wissenschaftlicher Experten und Think Tanks ein hegemoniales Herrschaftsprojekt formuliert und durchgesetzt hat, für das „Globalisierung“ eine eher verschleierte Bezeichnung darstellt. Das Davoser Weltwirtschaftsforum gehört ebenso wie die Münchner so genannte Sicherheitskonferenz zu seinen bevorzugten Treffpunkten. Verbunden war dies mit einer Umstrukturierung der politischen Institutionensysteme, die man als Internationalisierung des Staates bezeichnen kann. Dazu gehört auf der einen Seite die wettbewerbsstaatliche Umstrukturierung der Staaten, d.h. die Liberalisierung der Kapital- und Finanzmärkte, wodurch sich einzelstaatliche Regierungen selbst dem Zwang globaler Kapitalbewegungen preisgegeben haben. Auf der anderen Seite kam es zu einer wachsenden Bedeutung mehr oder weniger formeller internationaler Regulierungsinstitutionen, etwa der verschiedenen „G“-Gipfel, des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder der Weltwirtschaftsorganisation WTO, die von dieser Ebene her die Politik der neoliberalen Restrukturierung durchsetzen: Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, Marktöffnung, Schutz privater Investitionen und die Garantie des Privateigentums, nicht zuletzt im Bereich der immer wichtiger werdenden „geistigen Eigentumsrechte“ möglichst überall in der Welt. Dies geschieht, nachdem das Abschreckungsge-



gewicht des Kalten Kriegs außer Kraft gesetzt worden ist, notfalls durch die Androhung militärischer Zwangsgewalt durch die Staaten des kapitalistischen Zentrums. Diese stehen dabei in einem komplexen Kooperations- und Konfliktverhältnis: auf der einen Seite sind sie in permanente Konkurrenzkämpfe um „Standortvorteile“, Kontroll- und Einflussphären verstrickt, und andererseits haben sie ein gemeinsames Interesse an der militärischen und politischen Kontrolle der Welt. Innere polizeistaatliche und nach außen gewendete militärische Aufrüstung zwecks Herstellung globaler „Interventionsfähigkeit“ stehen deshalb in einem engen Zusammenhang. Obwohl die internationalen Organisationen von den Regierungen vor allem der dominierenden Staaten getragen und bestimmt werden, ist ihre Politik von einzelstaatlichen politischen Prozessen, insbesondere von den im Rahmen liberaldemokratischer Verhältnisse immerhin beschränkt möglichen Einflussnahmen weitgehend abgekoppelt. Man kann dies als neoliberalen Konstitutionalismus bezeichnen, d.h. als

ein politisch-institutionelles System, das die angeblichen Sachzwänge des globalen Kapitalverwertungsprozesses in einer quasi entpolitisierten Weise exekutiert. Für die einzelstaatlichen Regierungen hat dies den legitimatorischen Vorteil, dass Entscheidungen, die sie selbst mit getroffen haben, als unbeeinflussbare politische Rahmenbedingungen dargestellt werden können.

Die Europäische Union ist ein besonders herausragendes Beispiel für diese Entwicklung. Die entdemokratisierende Wirkung der Verlagerung politischer Entscheidungen auf die überstaatliche Ebene wird hier besonders deutlich. Nicht zuletzt bei den Maastricht-Verträgen, die den finanz- und damit vor allem sozialpolitischen Spielraum der einzelnen Regierungen und Parlamente entscheidend einschränken, wird deutlich, was neoliberaler Konstitutionalismus heißt. Mit der geplanten europäischen Verfassung wird versucht, die Prinzipien der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer neoliberalen Ausprägung zum verbindlichen, die nationale Politik und Rechtsprechung bindenden Grundgesetz zu machen. Europa wird damit zu einer höchst autoritär strukturierten Festung relativen Wohlstands, die immer deutlicher die Voraussetzungen dafür schafft, ihre ökonomischen und politischen Interessen militärisch in globalem Maßstab durchzusetzen.

Dass der Widerstand gegen diese Entwicklung eher schwach und zersplittert ist, hat mehrere Gründe. Dazu gehört nicht nur, dass die schon durchgesetzten sozialen Spaltungs- und Marginalisierungsprozesse, Privatisierung und erzwungene Individualisierung ihre Wirkung tun, sondern auch, dass die von Politik, Medien und Wissenschaft massiv durchgesetzte neoliberale ideologische Hegemonie sich immer stärker in den Köpfen der Menschen festgesetzt hat. Darüber hinaus gelingt es immer noch, die sich vertiefenden sozialen Ungleichheiten zur Grundlage wohlstandschauvinistischer Legitimationsstrategien zu machen. Der Abbau politischer und sozialer Rechte wird damit gerechtfertigt, dass es anderen noch schlechter geht. Still gestellt ist der Kampf freilich nicht. Dies nicht zuletzt deswegen,



weil sich der neoliberal gewendete Kapitalismus ökonomisch wie politisch als enorm krisenhaft erweist. Die zentrale Frage ist, ob es gelingt, ein neues hegemoniales gesellschaftliches Konzept als Alternative zum herrschenden neoliberalen zu formulieren und durchzusetzen, also konkreter auszubuchstabieren, dass eine andere Welt möglich ist. Dieser Kampf kann nur dann erfolgreich geführt werden, wenn es gelingt, sich aus der Defensive zu befreien, in der sich große Teile der Opposition immer noch befinden. Das heißt, dass es nicht darum gehen kann, den fordistischen Sozialstaat zu verteidigen. Dessen gesellschaftliche und ökonomische Grundlagen sind durch die postfordistische Restrukturierung des Kapitalismus längst beseitigt und überdies wird dabei verkannt, dass auch er ein Disziplinierungs-, Selektions- und Kontrollarrangement darstellt, das einer gesellschaftlichen Emanzipation grundsätzlich im Wege steht. Es ist daher notwendig, gänzlich neue Konzepte der Vergesellschaftung zu entwickeln, die realisieren, dass die fordistische Arbeitsgesellschaft von den erreichten produktiven Potentialen her längst überständig geworden ist (vgl. dazu die Überlegungen und Diskussionen in [www.links-netz.de](http://www.links-netz.de)). Möglich ist dies allerdings nur, wenn sich eine soziale Bewegung entwickelt, die darauf abzielt, nicht nur Forderungen an die Staaten und Regierungen zu stellen, sondern die praktischen Lebensverhältnisse, die Arbeits- und Konsumweisen, die sozialen Beziehungen und die Geschlechterverhältnisse zu verändern. Eine solche Bewegung kann angesichts der internationalen Verflechtungen nicht auf den einzelstaatlichen Rahmen beschränkt bleiben. Ansätze dazu gibt es im Kontext der sogenannten globalisierungskritischen Bewegungen durchaus. Sie sind allerdings noch schwach. Es geht also nicht nur darum, die Bewegung zu stärken, und es geht in erster Linie auch nicht darum, Forderungen an den Staat zu stellen. Es geht zuallererst um eine Radikalisierung im Sinne einer grundlegenden alltagspraktischen Veränderung gesellschaftlicher Beziehungen.

■

### joachim hirsch

em. Professor für Politikwissenschaft, Universität Frankfurt. Diverse Publikationen zur Staatstheorie und zu Internationalen Politischen Ökonomie, zuletzt: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg (VSA) 2002. Redaktionsmitglied von [links-netz.de](http://links-netz.de) und Vorstandsmitglied von [medico international](http://medico-international.org).



sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit“, zitierte Bundesinnenminister Schily Wilhelm von Humboldt unter dem Eindruck des Anschlags auf das World Trade Center. Dann fand Schily ein „Grundrecht auf Sicherheit“ in Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und rechtfertigt damit den Schutzauftrag des Staates. Wer oder was geschützt werden muss, liegt auf der Hand: Das System der Umverteilung von Arm zu Reich. Die Globalisierung der Märkte schreitet voran. Deregulierung, Privatisierung, Abbau des Sozialstaates heißen nur einige der euphemistischen Antworten hierauf. Grundsicherheiten fallen weg. Die Angst vor der Zukunft wächst und führt zu einem Bedürfnis nach

Widerstand durchgesetzt. So wurden z.B. nach dem Anschlag auf das World Trade Center längst vorbereitete polizeiliche Kompetenzerweiterungen aus der Schublade geholt und durch das Gesetzgebungsverfahren geboxt. Sich dazu auf ein Grundrecht auf Sicherheit zu berufen, greift aber zudem das traditionelle Verständnis des liberalen Rechtsstaats an. Art. 5 EMRK garantiert tatsächlich, so wie es Wilhelm von Humboldt gegen den preußischen Obrigkeitsstaat forderte, das Recht des Einzelnen vor staatlicher Willkür. Sowie alle Grundrechte stellt es ein Abwehrrecht gegen den Staat dar, also eine Beschränkung staatlicher Macht. Schily und Konsorten kehren die Bedeutung der Grundrechte in ihr Gegenteil.

# EU: mit Sicherheit

**and all you know, security – is mortals' chiefest enemy  
(hekate in macbeth/w. shakespeare)  
alain mundt/olaf griebenow**

mehr Sicherheit und Kontrolle. Die vermeintliche Lösung stetig steigende polizeiliche Kompetenzen. Um diese politisch durchzusetzen, werden von den selbsternannten Sicherheitsstrategen Ängste geschürt: vor „Migration und Ausländerkriminalität“, „Organisierter Kriminalität“ und „Terrorismus“. Unterstützt von Medienkampagnen, wie kürzlich in der Berliner Zeitung. Polizisten durften dort wochenlang berichten, dass sie sich in einige Stadtteile Berlins nicht mehr hineintrauten, weil diese in der Hand ausländischer Großfamilien seien, die in die „Organisierte Kriminalität“ verwickelt seien und ihren Aufenthaltsstatus erschlichen hätten. Einen Beleg für die Behauptungen lieferten sie nicht. Dagegen sind nach einer Untersuchung des Berliner Ausländerbeauftragten die Straftaten von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft um 20 % zurückgegangen. Erhöht hat sich nur die „gefühlte Bedrohung“.

Hat sich das Sicherheitsbedürfnis eingestellt, werden die Sicherheitskonzepte ohne

Sie dienen danach zur Legitimierung eines starken Schutzstaates. Das „Grundrecht auf Sicherheit“ gibt nun dem Staat den Auftrag, die Freiheitsrechte zu beschränken und verpflichtet den Einzelnen, sich angepasst zu verhalten.

## **„Ein Tatverdacht ist nicht mehr erforderlich“**

Auch im Strafverfahren finden grundlegende Veränderungen statt. Der Schwerpunkt im Strafverfahren verlagert sich von der öffentlichen Gerichtsverhandlung in das unkontrollierte polizeiliche Ermittlungsverfahren. Zudem genügt schon die polizeiliche Zuordnung zu einer Risikogruppe, um z.B. die Aus- bzw. Einreise in ein anderes Land oder die Teilnahme an Versammlungen zu verbieten oder um jemanden vorbeugend festzunehmen. Ein Tatverdacht ist nicht mehr erforderlich.

Durch die europäische Politik wird die Erosion elementarer rechtsstaatlicher Prinzipien noch verstärkt. Die Rechtssetzung im

Bereich Sicherheit erfolgt unmittelbar durch die Regierungen, vorbei am Europäischen und den nationalen Parlamenten und ausgerichtet allein an den polizeilichen Bedürfnissen. Die Regierungen vereinheitlichen die Straftatbestände, indem sie neue Straftatkatologe erstellen. Die nationalen Parlamente setzen die Regierungsbeschlüsse nur noch in nationales Recht um. Es findet eine schleichende Machtverlagerung zur Exekutive statt. Die transnationale und transinstitutionelle Zusammenarbeit wird durch polizeiliche Zusammenarbeit vorangetrieben sowie die Immigrationskontrolle und das Asylrecht verschärft.

#### **„Militante Demonstrationen als terroristisch einzustufen“**

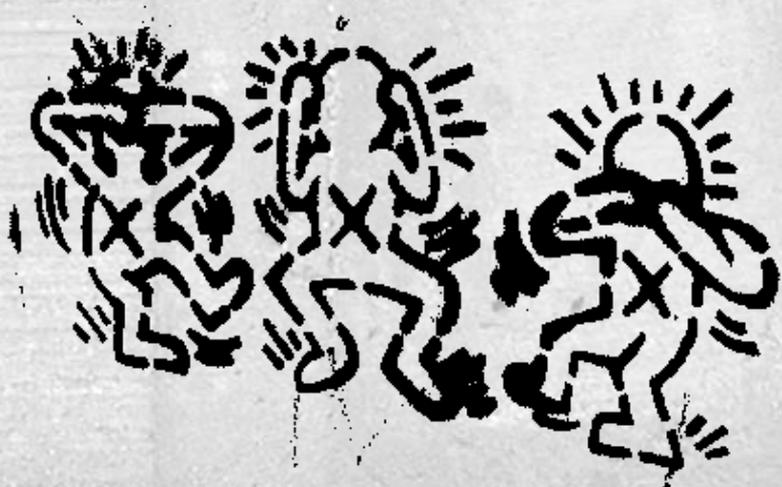
Die Auswirkungen gerade auf das Demonstrationsrecht sind erheblich. Angesichts der Proteste am Rande von EU-Gipfeln hat die EU-Arbeitsgruppe Terrorismus sich dafür ausgesprochen, militante Demonstrationen als terroristisch einzustufen. Anlass ist die europäische Definition von terroristischen Vereinigungen, die alle EU-Mitgliedsstaaten in ihr Strafrecht aufnehmen müssen. Eine terroristische Vereinigung ist demnach „ein auf längere Dauer angelegter Zusammenschluss von mehr als zwei Personen... um die Bevölkerung auf schwer wiegende Weise einzuschüchtern, um schwerwiegende Straftaten zu begehen“ (wie z.B. Zerstörungen von Privat- und Regierungseigentum)... „oder eine internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen.“ Die Beschwichtigungsversuche des Europäischen Rates, dass diese Regelung nicht die Versammlungsfreiheit beeinträchtigen soll, wirken unter diesen Voraussetzungen wenig überzeugend.

Vielmehr kann durch die extensive Terrorismusdefinition EUROPOL, ein europäische Polizeiamt ohne operative Befugnisse, miteinbezogen werden. Denn Terrorismus fällt in den EUROPOL Zuständigkeitsbereich. Diese weder vom europäischen noch von den nationalen Parlamenten kontrollierte Polizei fungiert als Datensammelstelle. Löschanträge sind gegenüber EUROPOL nicht durchsetzbar, da Rechtsschutz weder auf europäischer Ebene noch vor nationalen Gerichten gegeben ist. Die Befugnisse zur Datenerhebung

sind im Grunde grenzenlos. Die personenbezogene Datenerhebung ist bereits erlaubt, wenn die jeweilige Person als Täter, Opfer oder Zeuge einer zukünftigen Straftat in Betracht kommt, weil sie einer Risikogruppe angehört, wie z.B. Globalisierungskritiker. Da EUROPOL zukünftig Zugang zum Schengener Informationssystem bekommen soll, ist zu befürchten, dass die EUROPOL-Daten letztendlich darüber an die nationalen Polizeien gelangen und sie ihre Verwendung im Zusammenhang mit internationalen Protesten finden.

#### **„Datenkategorie: Violent Troublemaker“**

Schon heute ist das Schengener Informationssystem (SIS), eine Polizeidatenbank der Mitgliedsstaaten des Schengener Abkommens, zentraler Bestandteil repressiver Maßnahmen. Bereits vor Genua soll es eine Datei zur Auslese der Personen gegeben haben, deren Einreise in ein Schengenstaat unerwünscht war. Daten über 1400 Personen sollen gespeichert gewesen sein. Diese Datei dürfte erheblich angewachsen sein. Denn schon anlässlich der Demonstrationen in Genua wurden aufgrund SIS-Daten und nationaler Polizeidaten, über 2000 Personen an der Grenze zurückgewiesen. Geplant ist zudem die Einrichtung einer neuen Datenkategorie beim SIS: „Violent troublemaker“. Betroffen werden insbesondere GlobalisierungskritikerInnen sein. Bereits nach den Protesten in Göteborg wurde der zwischen den Schengen-Staaten entwickelte Leitfaden zur Bekämpfung von gewalttätigen Hooligans auf internationale Demonstrationen übertragen. Das bedeutet: Nationale Kontakt-



stellen (in Deutschland das BKA) leiten ohne besondere Anfrage ganze Datensätze an den jeweiligen Mitgliedsstaat weiter. Die Daten sind nach Kriterien sortiert, wie Größe, Art und Zusammensetzung einer Gruppe, Motivation, Gewalttätigkeit sowie die Art der Anreise, Orte und Zeiten von Versammlungen. Dabei dürfen auch nicht überprüfbare Daten weitergegeben werden, wie bloße Verdachtsfälle oder Angaben von V-Leuten. Zudem befinden sich Verbindungsbeamte aus den Herkunftsländern von DemonstrantInnen unmittelbar vor Ort. Diese sollen Gruppen identifizieren, die „eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen“. Identifizierte Personen werden gegebenenfalls als Störer festgenommen oder gleich ausgewiesen und in ihr Heimatland abgeschoben. So wurden z.B. aufgrund österreichischer Daten die 25 Schauspieler des international besetzten Theater-Ensemble PublixTheatre im Zusammenhang mit den Protesten in Genua wegen Verdachts einer kriminellen Vereinigung festgenommen. Sie tourten als aktionistische Performance-Karawane im Rahmen der No-Border-Kampagne durch Europa.

Solche Fälle werden in Zukunft zunehmen. Denn das SIS wird aus den nationalen politisch motivierten Informationssystemen gespeist. In Deutschland ist insbesondere die LIMO – Datei (linkspolitisch motivierte Gewalttäter) aus dem sogenannten INPOL-System des BKA von Bedeutung. Hier wurden eifrig Personendaten gesammelt, insbesondere im Zusammenhang mit Demonstrationen. In den Datensätzen finden sich zahlreiche Ungenauigkeiten: Ermittlungsverfahren werden als Verurteilungen geführt, Freisprüche nicht berücksichtigt und unrechtmäßig erhobene Daten nicht gelöscht.

#### **„80 % der Daten betreffen MigrantInnen“**

Am schwersten betroffen von der schärferen europäischen Gangart sind MigrantInnen. Die legale Einwanderung wird systematisch verhindert. Zugleich wird die unerlaubte Immigration immer schärfer kriminalisiert. Das BKA hat in die Transitländer Verbindungsbeamte entsendet, die die örtlichen Polizeien ausbilden und unterstützen. Sie nehmen an

Vernehmungen von Verdächtigen oder Zeugen sowie Durchsuchungen teil. Zudem organisieren sie den Informationsaustausch mit Verbindungsbeamten (ILOs) anderer EU-Staaten. Mittlerweile gibt es ein Netz von ILOs aus allen Mitgliedsstaaten, die die Weiterreise von MigrantInnen verhindern sollen. Sie beraten die Grenz- und Sicherheitsorgane über die Auswirkungen der Migration auf die EU und fordern sie auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Kooperieren diese Drittstaaten nicht, drohen ihnen Sanktionen seitens der EU. Diese Ermittlungsgruppen von Polizei, Grenztruppen und Nachrichtendiensten finden sich nahezu an allen bedeutenden Flughäfen. Mangels Alternativen bleibt Flüchtlingen nur die illegale Einreise. Deren dauerhafter Aufenthalt wird jedoch durch Rückführungsvereinbarungen mit Transit- und Herkunftsländern verhindert, auf Kosten des internationalen Rechtsanspruchs auf Asyl. Konsequenz ist, dass 80 % der Daten im SIS Personen betreffen, die abgeschoben oder an der Grenze zurückgewiesen werden sollen.

#### **Der europäische Haftbefehl**

Das neuste europäische Repressionsinstrument ist die unmittelbar bevorstehende Einführung des europäischen Haftbefehls. Weitgehend ohne öffentliche Diskussion wird damit das bisherige Auslieferungsverfahren zwischen den EU-Staaten durch den europäischen Haftbefehl ersetzt. Die Prüfung der Voraussetzungen zur Überstellung eines im Nachbarland Gesuchten wird praktisch nicht mehr stattfinden. Es genügt nun bereits, dass die vorgeworfene Tat im ersuchenden Staat strafbar ist, unbeachtlich ob die Tat auch im Heimatland des Betroffenen strafbar wäre. Wenig Raum bleibt für eine Verteidigung im Auslieferungsstaat. Dabei werden erfahrungsgemäß gerade bei Ermittlungen wegen politischer Straftaten die Rechte der Beschuldigten wenig beachtet. Selbst dürftigste Beweislagen reichen regelmäßig für ein Ermittlungsverfahren und eine spätere Verurteilung aus. Sind die Personalien erst einmal festgestellt worden, genügt später die einzelne Aussage eines Polizisten. Schutz bietet auch nicht mehr die Staatsangehörigkeit, denn auch eigene Staatsangehörige des Auslieferungslandes müssen

nunmehr ausgeliefert werden. Mit der einschneidenden Konsequenz, dass man sich ohne politische Unterstützung in einem fremden Rechtssystem und in einer fremden Sprache verteidigen muss. Ein Anspruch auf Dolmetscher und Pflichtverteidiger wurde nicht mit aufgenommen.

Die europäischen StrafverteidigerInnen beginnen, auf die veränderte Situation zu reagieren. Aus zahlreichen EU-Ländern haben sich AnwältInnen bei den Europäischen Demokratischen AnwältInnen (EDA/AED) organisiert. Die EDA haben als Reaktion auf die Erfahrungen nach Genua das Netzwerk Legal

Team Europe (LTE) gegründet. Zu den internationalen Großereignissen reisen stets LTE-AnwältInnen aus den meisten EU-Ländern mit an, um so gemeinsam die Verteidigung von Festgenommenen zu organisieren, indem sie einen Verbund von Rechtskenntnissen der verschiedenen nationalen Rechtssysteme bilden. Die EDA arbeiten derzeit an einem Ratgeber für Demonstrationen in allen EU-Ländern.

Wohin die Entwicklung noch gehen wird ist ungewiss. Eines aber ist sicher: Die EU-Politik der inneren Sicherheit richtet sich in erster Linie gegen MigrantInnen und GlobalisierungskritikerInnen. ■■



**olaf griebenow**

arbeitet als Rechtsanwalt in Mainz. Er ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei und hat zu Rechtsstaatdefiziten der europäischen Polizeikooperation promoviert.

**alain mundt**

arbeitet als Strafverteidiger in Berlin. Er arbeitet im Republikanischen AnwältInnenverein (RAV) und bei EDA mit. Veröffentlichungen zur Versammlungsfreiheit u.a. im Grundrechte-Report.

**eins** Eine emanzipatorische, kapitalismuskritische Bewegung kann nur dann den langen Atem bekommen, den sie braucht, wenn sie einen zureichenden Begriff des Kapitalverhältnisses auf der Höhe der Zeit und eine entsprechende Realanalyse entwickelt. Ein linker „ideologiekritischer Reduktionismus“, der die weltkapitalistische Situation allein aus zugeschriebenen Interpretationen in den Köpfen der Menschen erklären will, wird selber zur Ideologie. Dass die kapitalistische Objektivität eine falsche, fetischistische ist, ändert nichts an ihrem Charakter als „zweite Natur“, die erst überwunden werden muss. Deshalb bedarf es ja überhaupt einer theoretischen Analyse der

beschreiben könnte wie das Wetter, sondern um eine aufsteigende Linie von Entwicklungsstadien, bis der ganze Prozess aufgrund seiner inneren Widersprüche an eine absolute historische Grenze stößt. Diese Grenze markiert eine objektive Funktionsunfähigkeit der Verwertungslogik; das bedeutet jedoch keine Auflösung des Kapitalismus in Wohlgefallen oder eine „automatische Emanzipation“, was ein Widerspruch in sich wäre, sondern vielmehr eine Auflösung in „naturwüchsige“ barbarische Zerfallsprozesse. Man kann dabei nicht zwischen „kapitalistischer Zivilisation“ und „Barbarei“ wählen wie zwischen Dash und Persil, weil das Kapital in seinem Kern und seiner ursprünglichen Konstitution selber

# KRISENKOLONIALISMUS

## sechs thesen über globalisierung, imperialismus und radikale kritik robert kurz

Verhältnisse, obwohl diese „von den Menschen selbst gemacht“ sind, aber eben „nicht aus freien Stücken“ (Marx). Kapitalismus geht nicht ohne Vermittlung durch die Subjekte, was aber durch die vorausgesetzte gesellschaftliche Form auf Selbst-Objektivierung hinausläuft. Die notwendige Kritik der affirmativen Ideologien (Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus etc.) muss diese aus den selbst-objektivierten Verhältnissen erklären und sie darauf zurückbeziehen können, statt umgekehrt die Verhältnisse aus den Ideologien ableiten zu wollen. Erst auf diese Weise ist es überhaupt möglich, die Ideologie als negative, anti-emanzipatorische Eigenleistung der Subjekte zu kritisieren.

2. Kapitalismus ist kein statischer Zustand, sondern seinem Wesen und Begriff nach ein blind dynamisierter historischer Prozess. Die Verwertung des Werts als abstraktes logisches Grundprinzip realisiert sich in diesem Prozess mit unterschiedlicher Qualität und in unterschiedlichen Darstellungsformen. Dabei handelt es sich nicht um bloße „Wechselagen“ vor dem immergleichen Hintergrund, die man

Barbarei ist, die in der Krise objektiv und subjektiv freigesetzt wird. Emanzipation bedarf der Erkenntnis dieses inneren Zusammenhangs, statt ihn zu verdrängen zugunsten eines oberflächlichen Politizismus.

3. Natürlich ist es umstritten, ob die kapitalistische Entwicklung heute an absolute historische Grenzen stößt. Diese These kann jedoch nicht durch den bloßen Appell an einen unausgewiesenen linken common sense widerlegt werden, der von einer ewigen Regenerationsfähigkeit des Kapitals ausgeht. Vielmehr muss konkret akkumulationstheoretisch argumentiert werden. In dieser Hinsicht gibt es genügend Hinweise, dass wir es mit einer Weltkrise der dritten industriellen Revolution (Mikroelektronik) zu tun haben, von der die bisherigen Kompensationsmechanismen der zyklischen Krisen zerstört werden.

Die Erweiterung der Märkte qua Verbilligung der Produkte durch mikroelektronische Produktivkraftentwicklung bleibt hinter den qualitativ neuen Potentialen zur Weg-rationalisierung von Arbeitskraft zurück.

Deshalb kommt es nicht wie in der fordistischen Boomphase (Wirtschaftswunder) zu einer Reabsorption der Reservearmee von Arbeitslosen. In der „organischen Zusammensetzung des Kapitals“ steigt der Anteil des Sachkapitals so stark an, dass der tendenzielle Fall der Profitrate (der langfristige Indikator für den inneren Selbstwiderspruch der Akkumulationsbewegung) umschlägt in einen absoluten Fall der realen Profitmasse. An die Stelle der zyklischen tritt eine strukturelle „Überakkumulation“ (Marx) des Kapitals mit wachsenden globalen Überkapazitäten. Das überschüssige, nicht mehr real reinvestierbare Geldkapital flüchtet in den Finanzüberbau (simulative Schulden- und Finanzblasen-Ökonomie). Im Westen erscheint die Krise zunächst als strukturelle Massenarbeitslosigkeit, Finanzkrise der öffentlichen Hände und drastische antisoziale Gegenreform; im Osten und Süden kollabieren ganze Weltregionen, gerade weil sie nicht die Kapitalkraft für die mikroelektronische Aufrüstung ihrer Produktion aufbringen können und deshalb unter die Produktivitätsstandards des Weltmarkts fallen.

4. Was in der laufenden Debatte als Globalisierung bezeichnet wird, ist in ökonomischer Hinsicht nichts anderes als die betriebswirtschaftliche Verlaufsform der Weltkrise. Dabei handelt es sich tatsächlich um eine neue Qualität. Im 19. Jahrhundert gab es fast ausschließlich Warenexport zwischen Nationalökonomien; Kapitalexpert dagegen nur in

Form von finanzkapitalistischen Portfolio-Investitionen (z.B. Kauf von osmanischen Staatsanleihen für den Bau der Bagdad-Bahn), jedoch keine Direktinvestitionen (Kauf oder Bau von Fabriken). Kapitalexpert als Direktinvestition gab es erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts und ging hauptsächlich in die jeweils eigenen Kolonien und Einflussgebiete (das war die Grundlage für Lenins Imperialismustheorie). Erst nach dem 2. Weltkrieg, unter dem gemeinsamen politischen Dach der Pax Americana, flossen die Direktinvestitionen in großem Maßstab, auch unter den Ländern des kapitalistischen Zentrums selbst (etwa VW in USA, Brasilien usw.). Das ging als eine Art Cloning: Anderswo wurde eine identische Betriebswirtschaft mit allen Abteilungen aufgebaut. Es handelte sich also um Erweiterungsinvestitionen in der Form des Kapitalexperts (Stichwort seit den 70er Jahren: multinationale Konzerne).

Die heutige Globalisierung dagegen löst bestehende Betriebswirtschaften auf und zerstreut die Abteilungen transnational unter Ausnutzung des globalen Kostengefälles (Forschung in USA, Vorprodukte in Hongkong, Endmontage in Polen, Betriebs- und Lohnabrechnung in Indien, Steuern bezahlen in Irland usw.). Mit anderen Worten: Der Kapitalexpert in Gestalt von Direktinvestitionen ist zur Funktion der Rationalisierung geworden; es handelt sich nicht mehr um Erweiterungsinvestitionen, sondern um die betriebswirtschaftliche Verlaufsform des krisenhaften Abbaus globaler Überkapazitäten. Überall entstehen „Inseln der Rentabilität“, während der Rest ökonomisch ver- und die Gesamtgesellschaft „postpolitisch“ zerfällt.



**PRODUKT**

5. Im Zuge dieser Gesamtentwicklung bis zur heutigen globalen Krise lässt sich eine Metamorphose des Imperialismus beobachten. Vom späten 19. Jahrhundert bis zum Ende der Weltkriegsepoche gab es, ungefähr im Sinne der Leninschen Theorie, einen Kampf der stärksten Nationalstaaten des kapitalistischen Zentrums um die Neuaufteilung der Welt (Kolonien, Einflussphären, „partielle Weltwirtschaften“ unter nationaler Kontrolle). Seit dem Ende des 2. Weltkriegs hat sich unter der absoluten Vorherrschaft der USA eine qualitativ neue Struktur imperialer Macht auf der Basis einer kapitalistisch integrierten Weltökonomie herausgebildet. Der strategische Kalte Krieg gegen das staatskapitalistische „Gegensystem“ der historischen Nachzügler einer „nachholenden Modernisierung“ unter Führung der Sowjetunion bildete nicht das Wesen, sondern nur eine Erscheinung dieses Prozesses. Deshalb kehrt der Weltkapitalismus nach dem Untergang dieses Gegensystems auch nicht zum alten Kampf nationaler Imperien um die Neuaufteilung der Welt zurück, wie eine anachronistische radikale Linke meint.

Pax Americana und Transnationalisierung der betriebswirtschaftlichen Ebene im globalen Krisenkapitalismus der 3. industriellen Revolution sind irreversibel.

Die zwangsweise Integration des ehemaligen Gegensystems eröffnet keinen neuen Akkumulationsspielraum, sondern macht die Weltkrise der strukturellen Überakkumulation nur umso deutlicher. Die Pax Americana mutiert zur buchstäblichen Weltpolizei eines „ideellen Gesamtimperialisten“. Dabei geht es auf der Grundlage von transnationalen Betriebswirtschaften und globalen Produktivitäts- bzw. Rentabilitäts-Inseln um einen Sicherheitsimperialismus gegen die vom Weltkapital selbst hervorgerufenen gesellschaftlichen Zerfallserscheinungen, um einen Ausgrenzungsimperialismus gegen die globalen Flucht- und Migrationsströme sowie um die Sicherung der strategischen Rohstoffreserven (Öl als Treibstoff der kapitalistischen Verbrennungsmaschine). Innerhalb dieser Hülle bestehen die brüchig werdenden Nationalstaaten weiter, weil Staatlichkeit ihrem Begriff nach nicht universell sein kann. Widersprüche und



Rivalitäten in dieser Hinsicht sind unvermeidbar, aber sie können nicht mehr die Qualität des alten imperialen Kampfes um die Welt-herrschaft annehmen.

6. Die radikale Linke hat sich großenteils noch nicht begrifflich auf die Höhe der kapitalistischen Entwicklung hinaufgearbeitet; ihr Begriffsapparat ist veraltet, weil er ganz auf die inzwischen beendete Geschichte der „nachholenden Modernisierung“ und der sozialen bzw. nationalen „Anerkennung“ auf dem Boden des modernen warenproduzierenden Systems geeicht ist. Deshalb versucht diese Linke weiter gewohnheitsmäßig, eine nicht mehr vorhandene Entwicklungs-Alternative im kategorialen Rahmen dieses Systems zu besetzen. Dabei hat sich eine falsche Polarisierung zwischen „Antiimperialisten“ und prowestlichen „Zivilisationsrettern“ herausgebildet. Beide klammern sich gleichermaßen an die unwiederbringlich verlorene Perspektive innerkapitalistischer Entwicklung, bürgerlicher Aufklärungsideologie und moderner Subjekt-Konstitution.

Die einen beschwören die lächerlich gewordene „Unabhängigkeit“ der Nationen und Kulturen, möchten die „Souveränisten“ im Kampf gegen die US-Vorherrschaft unterstützen und am liebsten einen buchstäblich verwilderten Ex-Modernisierungs-Diktator vom Schlage eines Saddam zu einer Art Che Guevara zurechtschminken; die anderen werfen sich dem westlichen Krisenkolonialismus unter US-Führung an den Hals und halluzinieren einen „Befreiungsimperialismus“ mit der Option auf institutionelle „Demokratisierung“ und Verbesserung der Lage etc. Da der globale Krisenprozess sukzessive die sozialökonomischen Grundlagen eines gesellschaftlichen Daseins in den Formen von „abstrakter Arbeit“ und Wertform zerstört, gehen beide Versionen eines bürgerlichen „Institutionalismus“ ins Leere. Die Souveränität zerfällt auch ohne US-Intervention; eine Demokratisierung mit US-Hilfe (ideologisch nichts als eine Rückkehr der Kolonialideologie von der „Bürde des weißen Mannes“) ohne konkurrenzfähige ökonomische Grundlagen kann nicht einmal als Farce gelingen; dieser Begriff ist ohnehin zu kritisieren, weil Demokratie bereits die kapitalistische

Subjektform voraussetzt und nichts als eine Veranstaltung von Konkurrenz-Individuen bei gleichzeitiger Abspaltung „weiblich“ besetzter Momente der Reproduktion darstellt.

Dasselbe

Dilemma wiederholt sich hinsichtlich der Verhältnisse im kapitalistischen Zentrum. Die einen möchten die EU zum „Gegengewicht“ gegen die USA als zivilisatorische

„Friedensweltmacht“

stilisieren und den „rheinischen Welfare-Kapitalismus“ als Alternative zum zügellosen „angelsächsischen Warfare-Kapitalismus“ ausloben. Die anderen wollen genau umgekehrt in den USA die letzte zivilisatorische Bastion nicht nur gegen die „Barbarei der 3. Welt“, sondern auch gegen das drohende „eurasisches Reich der (antisemitischen) Finsternis“ unter deutscher Führung erkennen. Beides ist schlechte Fantasy. Dass wahlweise die USA oder die EU ein wenig Sowjetunion spielen sollen und das Phänomen der neuen sozialen „Bewegung der Bewegungen“ entweder in das alte Klassenkampf-Schema gepresst oder als neue Nazi-Bewegung denunziert wird, verweist nur auf den nostalgischen Charakter beider Interpretationsmuster.

Tatsächlich ist die zentrale Führungsrolle der USA für das transnationale Kapital unabdingbar geworden. Der nach dem 2. Weltkrieg aufgebaute Vorsprung der US-Militärmaschine (mehrere Generationen von High-Tech-Waffensystemen) ist nicht aufzuholen; das wäre unter heutigen Krisenbedingungen finanziell nicht darstellbar und liegt auch gar nicht im kapitalistischen Interesse. Als letzte Supermacht und vermeintlich „sicherer Hafen“ ziehen die USA die überschüssigen Geldkapitalströme der Welt mittels astronomischer Außenverschuldung an und finanzieren damit nicht nur ihre Militärmaschine, sondern absorbieren auch die überschüssigen Warenströme durch ein ebenso astronomisches



Handelsdefizit. Dieses Konstrukt ist nicht haltbar und wird platzen. Aber die innere ökonomische Schwäche der USA ist nicht die Stärke der EU oder Asiens, sondern die Schwäche auch aller anderen, die längst nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch von der Zentralmacht abhängig geworden sind. Wenn die Überschuss-Ströme in die USA versiegen, wird die Weltkrise das gesamte kapitalistische Zentrum mit voller Gewalt erfassen.

In diesem Kontext ist die linke Auseinandersetzung um den „Anti Amerikanismus“ besonders absurd und reproduziert abermals eine falsche Alternative. Die „Souveränisten“ eines kulturalistischen Antiimperialismus, die den sozialstaatlichen „rheinischen Kapitalismus“ retten wollen, werden tatsächlich im klassischen rechtskonservativen Sinne anti-amerikanisch; die linksbellizistische prowestliche Zivilisationshuberei möchte umgekehrt jede Analyse der realen Rolle der USA im integrierten Weltsystem des Krisenkapitalismus und die Ansätze sozialer Kritik per se als anti-amerikanisch denunzieren. In Wahrheit kon-

vergieren EU und USA sowohl sozialökonomisch als auch kulturell. Die radikale Linke muss die falschen und in jeder Hinsicht obsoleten Alternativen der bürgerlichen Immanenz grundsätzlich verweigern, wenn sie mit dem Kapitalismus wieder auf Augenhöhe kommen will. Der Bruch mit dem modernen System von „abstrakter Arbeit“, Wertform und männlichweißer westlicher Subjektform steht auf der Tagesordnung, nicht das Stochern nach irgendeiner „Realpolitik“ in den Ruinen von bürgerlicher Aufklärung und Wertvergesellschaftung. ■■

#### robert kurz

arbeitet als freier Publizist in Nürnberg und ist seit fast 40 Jahren in der radikalen Linken aktiv; er vertritt theoretisch den Ansatz der Wertkritik.

Wichtigste Buchveröffentlichungen:

Schwarzbuch Kapitalismus (1999), Weltordnungskrieg (2002), Die antideutsche Ideologie (2003).



die bisher ungebrochene Dynamik der globalisierungskritischen „Bewegung der Bewegungen“ beruht primär auf ihrem konstitutiven Internationalismus und ihrer Fähigkeit, unterschiedliche politische Subjektivitäten ohne Anspruch auf Vereinheitlichung zusammenzubringen. Ihre Schwäche zeigt sich in der defensiven Beschränkung auf ein „antineliberales“ gesellschaftliches Projekt. Sollen sich die Bewegungen nicht in letztlich folgenlosem Aktivismus erschöpfen, gilt es, sich über einen gemeinsamen strategischen Horizont zu verständigen. Global kommt dabei dem Widerstand gegen den permanenten Weltordnungskrieg, lokal dem gegen die postfordistische Restrukturierung der Lebens- und Arbeits-

miss die konservativ-liberale Koalition, um erst von der rotgrünen Regierung liquidiert zu werden. Markenzeichen des westdeutschen Fordismus war eine vergleichsweise hohe Beteiligung der subalternen Klassen am gesellschaftlichen Reichtum und eine institutionelle Verregelung der Klassenauseinandersetzungen, deren Garant der Block von SPD und Einheitsgewerkschaft war. Gleichsam strukturell marginalisiert, blieb den Linken in (West-) Deutschland über Jahrzehnte nur die Wahl zwischen Integration oder Sicheinrichten in der eigenen gesellschaftlichen Randseitigkeit.<sup>2</sup> Von daher liegt die Bedeutung der aktuellen Umbrüche nicht nur in der Rücknahme der historischen „Errungenschaften“ des sozialde-

**eins**

Insoweit hatte Arundhati Roy recht, als sie die Bewegungen in Mumbai aufrief, selbst zum „globalen Widerstand gegen die Besatzung“ des Irak zu werden. Erst dann wäre zu bestimmen, welche Kräfte im Irak unterstützt werden können – und das werden weder die „baathistischen Killer“ noch islamische Fundamentalisten sein. (vgl. <http://www.jungewelt.de/2004/01-20/003.php>) Dem attac-Sprecher Sven Giegold (!) ist dann zuzustimmen, wenn er die Ausweitung des von Roy vorgeschlagenen Boykotts von US-Konzernen auf solche der EU fordert ([http://www.attac.de/genug-fuer-alle/presse/pressespiegel/2004/januar/pressespiegel\\_1801.php](http://www.attac.de/genug-fuer-alle/presse/pressespiegel/2004/januar/pressespiegel_1801.php)).

# in bewegung kommen

## **perspektiven einer postfordistischen linken thomas seibert**

verhältnisse ein Vorrang zu. Deren Fortschritt unterwirft nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Kapitalverwertung und schließt gleichzeitig eine wachsende Zahl von Menschen von jeder zureichenden Erwerbsmöglichkeit aus. Das daraus resultierende Problem einer Kontrolle der globalen Ein- und Ausschlussverhältnisse treibt das postfordistische Kommando über die Arbeitskraft zur weltpolizeilichen Absicherung seines Zugriffs auf das gesellschaftliche Leben. Dem widersetzen sich die Bewegungen, indem sie den Widerstand gegen die globalisierte Ausbeutung mit dem gegen den globalisierten Krieg zusammenführen.<sup>1</sup>

### **Das Ende des rheinischen Kapitalismus**

In Deutschland hat sich die globale Bewegungsdynamik erst spät artikuliert. Das hat – neben anderem – einerseits mit den Umständen der „Wiedervereinigung“, andererseits mit der Stabilität des „rheinischen Kapitalismus“ zu tun. Obwohl schon von der Regierung Schmidt untergraben, überdauerte der für die BRD konstitutive Klassenkompro-

mokratischen Blocks, sondern in dessen rasanter und unumkehrbaren Zersetzung. Mit ihr kann sich ein Vakuum öffnen, in dem die herrschenden Kräfte neue Formen der Integration subalternen Klassen und oppositioneller Milieus finden müssen, während sich Linken erstmals wieder Chancen bieten, genau das zu durchkreuzen. So zeigte die Berliner Demonstration vom 1.11.2003, dass der Protest tendenziell die Loyalität der gesellschaftlichen Basis des sozialdemokratischen Blocks aufbrechen kann. Zwar brach die Anti-Kriegs-Bewegung nicht mit der von Schröder-Fischer ausgespielten „alteuropäischen“ Variante imperialer Politik und blieb der Widerstand gegen den „Sozialabbau“ defensiv. Auch schlägt sich die Delegitimierung der politischen Eliten bis jetzt nur in einer wachsenden Nichtbeteiligung an Parlamentswahlen sowie in Massenaustritten aus SPD und Gewerkschaften nieder. Doch dürfen deren Dynamik und Konsequenzen nicht unterschätzt werden: verließen im vergangenen Jahr 30.000 Mitglieder die SPD, waren es allein im Januar 2004 bereits 10.000. Darin zerbricht ein wesentliches ideologisches Funda-

**zwei**

Nach 68 schlug sich das einerseits in den Massenbeitritten in die SPD und der Ausrichtung der DKP am sozialdemokratischen Block, andererseits im relativ schnellen Zerfall der Ansätze einer radikalen Linken nieder. Die Bruchlinien, die sich in einigen Kämpfen in Schulen, Hochschulen und Betrieben, in den Revolten gegen die „Konsumgesellschaft“, den Bewegungen der Frauen und den Auseinandersetzungen um die städtische wie ländliche Umwelt abzeichneten, vertieften sich nicht; mit dem individuellen Aufstieg vieler Akteure der „Neuen Sozialen Bewegungen“ formierte sich in den Grünen eine eigene Variante des Anschlusses an den Block der Integration.

drei

Für einen Überblick vgl. die Diskussionen bei attac (<http://www.attac.de/sozsich/texte-speicher.php>), im Umfeld der Rosa Luxemburg-Stiftung ([www.wem-gehoert-die-welt.de](http://www.wem-gehoert-die-welt.de)), in „radikal-reformistischen“ Kreisen (<http://www.links-netz.de>), in der Vorbereitung des 27. Kongresses der Bundeskoordination Internationalismus (<http://www.buko.info/>) oder bei kanak attac (<http://www.kanak-attac.de/ka/>) bzw. der Gesellschaft für Legalisierung (<http://www.rechtauflegalisierung.de/>). Vgl. außerdem arranca! 28/03 (<http://arranca.nadir.org/aktuell.php3>) und Fantômas 4/03 (<http://www.akweb.de/fantomas/index.htm>).

ment des politischen Systems der BRD. Welche Folgen das hat, ob die Entwicklung nach rechts oder nach links geht oder ob daraus eine alltagszynische Zersetzung des Politischen nach us-amerikanischem Vorbild resultiert, hängt nicht nur, aber auch von den Linken ab.

### Soziale Rechte, öffentliche Güter

Eine Gelegenheit zur strategischen Verschiebung der Bewegungsdynamik nach links bieten die Debatten um den eher unscheinbaren Begriff der „sozialen Rechte“, die momentan am linken Rand des sozialdemokratischen Blocks, innerhalb von attac und den Sozialforen und in linksradikalen Zusammenhängen geführt werden.<sup>3</sup> Die Verteidigung und mehr noch der Kampf um die Erweiterung sozialer Rechte verbinden sich darin mit der Verteidigung „öffentlicher Güter“ – soziale Sicherung, Bildung, Gesundheit, Kultur, städtische und ländliche Umwelt etc. – gegen die neoliberale „Akkumulation durch Enteignung“ (D. Harvey). Offensiv zu wenden ist beides, wenn dabei der Bezug zur postfordistischen Restrukturierung der Produktionsverhältnisse hergestellt wird. Je klarer soziale Rechte und der Zugang zu öffentlichen Gütern bedingungslos für alle eingefordert werden, desto mehr wird die aus dem Fordismus überkommene Bindung sozialer Rechte und öffentlicher Güter einerseits an den nationalen Sozialstaat und andererseits an die lebenslange Erwerbstätigkeit im Normalarbeitsverhältnis infragegestellt. Dadurch öffnen sich Räume gesellschaftlicher Auseinandersetzung, in denen auch qualitative Veränderungen in der Produktion und Reproduktion zunächst der öffentlichen Güter einzufordern wären: wer stellt was wie für wen bereit? Mehr noch: was ist überhaupt ein „öffentliches Gut“ und was heißt es eigentlich, solche Güter der Verwertungslogik zu entziehen? Letzterem entspricht eine Überschreitung der ebenfalls aus dem Fordismus stammenden Orientierung auf „Verteilungsgerechtigkeit“ hin zu autonomen Praktiken direkter Aneignung sozialer Rechte wie öffentlicher Güter. Dass solche strategischen Verschiebungen möglich sind, belegt die spontane Zustimmung, die die Forderung nach einem Recht der illegalisiert in Deutschland lebenden Menschen auf Legalisierung ihres Aufenthalts 2003 auf dem Bundeskongress von Ver.di und dem Ratschlag von attac fand. Wird dabei der postfordistische Zusammenhang von Neoliberalismus, Globalisierung und Krieg nicht aufgetrennt und die Perspektive nicht auf eine „sozialpolitische“ Auseinandersetzung im nationalstaatlichen Rahmen verengt, zeichnen sich Kämpfe ab, in denen globalisierungskritische Bewegung gewinnen könnte, was ihr bis jetzt fehlt: ein subversives Alltagsleben.

### Eine postfordistische Linke

Davon sind die Linken nicht ausgenommen, im Gegenteil: ihre sozialen Milieus werden von den aktuellen Umbrüchen so radikal durcheinandergewirbelt, dass sie in eigener Sache zur Intervention gezwungen sind. Das gilt in einem historisch nahen und einem historisch weiter zurückreichenden Sinn. Nah, insofern radikale Linke in ihren milieuspezifischen Reproduktionsstrategien seit 1968 zugleich vom fordistischen Klassenkompromiss und seiner postfordistischen „Modernisierung“ zehrten. Das galt für die Ausnutzung der Zeitressourcen einer verlängerten studentischen Existenz ebenso wie für alternativökonomische Experimente, für das JobberInnenentum, für die privilegierte Besetzung „kreativer“ wie sozialer Berufe, sogar für die Teilnahme am „Marsch durch die Institutionen“ und nicht zuletzt die individuelle Nutzung sozialstaat-



licher Garantien. Alle diese Möglichkeiten mitsamt ihrem Niederschlag in den formellen und informellen Institutionen der „Szene“ wie der explizit politischen Organisation tendieren heute gegen Null. Von der Liquidierung der „Freiräume“ der Universitäten wie der Alternativökonomie über die Verelendung im JobberInnenum bis zur Prekarisierung „kreativer“ und sozialer Berufe unterm doppelten Druck von Konkurrenz und „Sozialkahlschlag“: am Kampf um bedingungslose soziale Rechte und die Wiederaneignung öffentlicher Güter haben Linke heute ein existenzielles Interesse. Sofern der Postfordismus nicht nur Resultat neuer Kapitalstrategien, sondern auch eine Folge der Kämpfe gegen das fordistische Fabrikregime und die „konsumgesellschaftliche“ Normierung des Alltags ist, sind die linken Milieus aber nicht einfach „Opfer“: ihre Revolte gegen das Normalarbeitsverhältnis ging dem neoliberalen Angriff voraus, sie können flexibilisierte Arbeitsbedingungen in offene und experimentelle Lebensentwürfe integrieren und suchen ihre Chancen deshalb auch nicht in einer reuigen Rückkehr unter die fordistische Disziplin.

In weiter zurückreichender Perspektive geht es dabei um das Verhältnis der Linken zu sozialer Bewegung selbst, das historisch oft ein Stellvertretungsverhältnis von Intellektuellen – das Wort in weitem, auch nicht-akademischen Sinn verstanden – zu ihnen gegenüber subaltern platzierten Milieus war. Im Zuge der postfordistischen Restrukturierung der Arbeitsteilung aber werden immaterielle wie affektive Tätigkeiten so tiefgreifend verändert, dass sich die soziale Kategorie des Intellektuellen in die in ihrer Mehrdeutigkeit wie inneren Ausdifferenzierung noch gar nicht ausgelotete Kategorie der „Massenintellektualität“ auflöst.<sup>4</sup> Das betrifft individuelle Lebensführungen wie ganze gesellschaftliche Sektoren – alles, was im Alltag als „Kultur“, aber auch als „Öffentlichkeit“ bezeichnet wird, und damit natürlich auch die Bedingungen politischen Handelns im engeren Sinn des Wortes. Hier hat der Leerlauf der parlamentarischen Institutionen und Prozeduren politischer Repräsentation ebenso seinen Grund wie die damit verbundene Krise der Institutionen und Prozeduren der historischen Linken – des sozialde-

mokratischen Blocks übrigens nicht weniger als der letzten Aufgebote leninistischer „Arbeiterparteien“. Auch das artikuliert sich in den Stärken und Schwächen der globalisierungskritischen Bewegung und weist sie noch einmal als Bezugspunkt einer postfordistischen Linken aus. Die trägt diesen Namen dann zu recht, wenn sie ihre Massenintellektualität subversiv zu radikalisieren lernt, im Alltagsleben wie in der Konstruktion eines diesem Alltag angemessenen politischen Raums.

#### Auf kurze Sicht

Zielen Linke nicht nur aus distanzierter strategischer Reflexion auf die Radikalisierung sozialer Bewegung, sondern unterm existenziellen Druck ihrer unmittelbaren Verwicklung in die gesellschaftlichen Umbrüche, so sind etwaige Radikalisierungspotenziale nur in der Verwicklung selbst in den Blick zu nehmen. Konkret gesprochen: in den Auseinandersetzungen beispielsweise um die europäischen Aktionstage des 3./4. April diesen Jahres. Dort ist es den Erwerbsloseninitiativen gelungen, einen Wiedergänger linker Strategie und Taktik, den Anspruch auf ein garantiertes Mindesteinkommen, an die Spitze eines Forderungskatalogs zu setzen, auf den sich GewerkschafterInnen, AktivistInnen von attac, der Sozialen Foren wie der Friedensbewegung sowie diverse linke Gruppen einigen konnten. Wichtig daran ist weniger die im Ansatz reformistische und von neoliberaler Seite längst funktionalisierte Forderung selbst als ihre Fähigkeit, Brennpunkt einer breiten Debatte

#### vier

Vgl. Thomas Atzert (Hg.), *Immaterielle Arbeit und Subversion*, Berlin 1998, und Marco Revelli, *Die gesellschaftliche Linke*, Münster 1999



um gesellschaftliche Alternativen werden zu können. Bis jetzt besteht der erreichte Konsens darin, dass ein Mindesteinkommen allen Erwerbslosen ohne „Bedürftigkeitsprüfung“ ein „Leben in Würde“ ermöglichen soll.<sup>5</sup> Beides wäre von links aufzugreifen und gegen den Status eines „Mindesteinkommens“ für den Fall individueller Erwerbslosigkeit zu kehren: es ginge dann um einen bedingungslos allen offenen Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum nach der alleinigen Maßgabe einer im sozialen Kampf behaupteten „Würde“. Sich hier ins Handgemenge zu begeben heißt nicht, auf „Bündnispolitik“ zu schießen, sondern als LinkeR in eigener Sache zu handeln und das bedingungslos beanspruchte Recht auch für sich einzufordern. Allerdings reicht das bloße Erheben von Forderungen hier nicht aus, weil der Kampf um die Garantie von Rechten selbst wieder an Rechten hängt, die Subjekte sich zu nehmen willens und in der Lage sind. Auch das

kann exemplarisch am Recht auf Legalisierung des Aufenthalts verdeutlicht werden, das vom Staat überhaupt nur eingefordert werden kann, weil Subjekte in Bewegung sich das Recht zum Aufenthalt im Staatsgebiet längst genommen haben. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben – und andersherum. ■■

**fünf**

Frankfurter Appell

17./18. 1. 2004,

[http://www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahl-](http://www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahl-schlag.de/frankfurterapell.htm)

[schlag.de/frankfurterapell.htm](http://www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahl-schlag.de/frankfurterapell.htm).

Zur weiteren Diskussion

vgl. Hans-Peter Krebs,

Harald Rein (Hg.),

Existenzgeld, Münster 2000



seit mehreren Monaten kreist ein obsessiver Gedanke durch Europa: dass ein Zyklus der Bewegung zuende gegangen ist – vielmehr, dass der Zyklus der Bewegung zuende ist. Als erstes sollte man jedoch die Kategorie von „Bewegung“ hinterfragen. In dem hinter uns liegenden Jahrzehnt wies der Begriff, zumindest in Italien, meistens auf organisierte Elemente hin und schloss damit jedwede Möglichkeit der Randzonen zwischen ihnen und der Bewegung selbst aus. Aber in den ambivalenten Faltungen des Verhaltens der Multitude<sup>2</sup>, zwischen Zynismus und der Konstruktion einer neuen Gesellschaft, zwischen Individualismus und der Hochschätzung der Singularitäten<sup>3</sup> wurden mittler-

gesehen falsch, war es doch unfähig, die Symptome des globalen Widerstandes zu erkennen. Noch dazu machte es sich den Standpunkt des Gegners zu Eigen, vom Triumph des Kapitalismus und vom Ende der Geschichte auszugehen. In dieser Erzählung wurde von einem einzigen (glatten) Raum ausgegangen, der von dem Diskurs der Macht und von der sterilen Denunziation der Übeltaten und brutalsten Effekte des Kapitalismus durch seine Kritiker besetzt wurde. Aus dem selben Blickwinkel wurde zum Beispiel die Explosion der argentinischen Krise vor zwei Jahren betrachtet: anstatt (auch) der sozialen Erhebung Aufmerksamkeit zu widmen, die sie her-

**eins**  
mit freundlicher Genehmigung der GenossInnen von derive approdi haben wir diesen Text übersetzt. Anmerkungen zum Verständnis der Begriffe haben wir selbst hinzugefügt

**zwei**  
der Begriff der Multitude (Multitudo: Menge, Masse) ist einer der zentralen Begriffe in „Empire“ von Negri/Hardt. Sie gehen davon aus, dass der glo-

# Common places I

## die globale bewegung als raum der politisierung derive approdi

weile multiple Fäden der Kommunikation gewoben und kleine Praktiken des Überlebens und des Widerstands sichtbar gemacht. Subterrane Tunnel wurden von einer chaotischen, starken und permanent vielfältigen, die Welt transformierende Spannung durchzogen.

Es wurde immer deutlicher, dass es eine Form des Provinzialismus war, die Neunziger über die Abwesenheit der Bewegungen zu charakterisieren.<sup>4</sup> In diesem Jahrzehnt finden wir die Arbeitskämpfe in Korea, in denen große Autofabriken in Brand gesteckt wurden; den Widerstand gegen die multinationalen Konzerne in Nigeria; die Kämpfe der Sem Terra in Brasilien und die in Los Angeles oder der Kampf im zapatistischen Chiapas (und es wäre nützlich, sich der chemischen Zusammensetzung zu erinnern, die schon immer die großen Explosionen der proletarischen Revolten oder der Arbeiterrevolte charakterisierte: 1994 war sowohl das Jahr der zapatistischen Erhebung wie auch das Jahr mit der höchsten Zahl an weltweiten Generalstreiks im 20. Jahrhundert).

Dieses „unilaterale Denken“ über die Bewegung war kurzfristig und perspektivisch

vorrief, wurde lediglich auf die kriminellen Verantwortlichkeiten des IWF und der Weltbank geachtet.

Aus diesem Widerspruch und aus diesem schwierigen Jahrzehnt entsprang die Revolte von Seattle: ein Symbol des globalen Kampfes. Von diesem Zeitpunkt an bis Genua mischte die Bewegung die Karten neu, so dass „nichts jemals sein würde wie vorher“. Wenn die Bewegung gewaltsam ausbricht und die globale Szene erobert, destabilisiert sie die organisierten Elemente und bringt sie oft in eine Krise. Wenn wir dieses nicht reflektieren, werden wir weiterhin Schatten und Geister aus der Vergangenheit in die Zukunft projizieren, oder wir werden weiterhin von einem Bild geblendet sein, das mit dem Feind die selbe Perspektive teilt – das Ende eines Zyklus. Hierzu gibt es noch weiteres zu bemerken. Einer der wichtigsten Perspektivwechsel, die vorgenommen werden müssen, bezieht sich auf das Verhältnis von Zentrum und Peripherie. Die Ideologie der Fortschrittlichkeit des Trikonts ist zusammen mit ihren Kategorien in

balisierte Kapitalismus sich in einem homogenisierten Raum organisiert, in dem die Macht kein Zentrum mehr besitzt – das Empire. Dem gegenübergestellt ist das revolutionäre Subjekt der Multitude, die sich vielfältig und plural zusammensetzt

**drei**  
Fußnote siehe nächste Seite

**vier**  
Hervorhebung durch Übers.

**zahl**

Der Begriff der Singularität ist in „Empire“ so definiert: „Wenn die Menge arbeitet, so produziert sie autonom und reproduziert die gesamte Lebenswelt. (...) Indem sie arbeitet, produziert sich die Menge selbst als Singularität. Diese Singularität schafft einen neuen Ort inmitten des Nicht-Ortes des Empire, sie ist eine in Kooperation produzierte Wirklichkeit, (...). Die Menge bekräftigt ihre Singularität, indem sie die ideologische Illusion, alle Menschen auf den globalen Oberflächen des Weltmarktes seien austauschbar, umkehrt. Sie stellt die Marktideologie sozusagen vom Kopf auf die Füße und befördert durch ihre Arbeit die biopolitische Singularisierung von Gruppen und ganzen Teilen der Menschheit, und zwar an wirklich jedem Knotenpunkt des globalen Austauschs.“

aus: Hardt/Negri:

„Empire“, Frankfurt aM, 2002, S. 402

sich zusammengefallen – wenn man davon ausgeht, dass sie je etwas aufweisen konnte jenseits der kolonialen und imperialistischen Logik, welche sie von Anbeginn der Moderne prägte. Es gibt keine „fortschrittlicheren“ oder „rückschrittlicheren“ Orte mehr. Die Bewegungen der Ex-„Peripherien“ enthüllen und provinzialisieren endlich unsere hochtrabenden lokalen Debatten. In anderen Worten: es fehlt uns an in den letzten Jahren akkumulierten, theoretischem Potential, das in der Lage wäre, definitive Ausarbeitungen und Bedürfnisse anzubieten und das nur noch in Pillen für die freundlicherweise „Multitude“ genannte Masse übersetzt werden müßte. Die heutige Notwendigkeit besteht darin, eine Ermächtigung der theoretische Praxis zu bewirken. Dies bedeutet eine kontinuierliche Überarbeitung, die weder danach ausgerichtet sein sollte, eine ferne Zukunft hervorzurufen, noch unakzeptable Vergangenheiten wiederzubeleben, sondern die Gegenwart zu befragen, um sie verändern zu können.

**Die Bewegung als**

**ein offener Raum für Politisierung**

Nun ist für alle die Lücke zwischen der organisierten Realität der Bewegung und der Bewegung selbst offenkundig geworden. Von hier aus sollten wir beginnen, ohne in den einfachen Rückschluß zu verfallen, Organisation gegen soziale Konflikte auszuspielen.

Obwohl es einfach war, die Krise der repräsentativen Demokratie zu registrieren, hat die globale Bewegung noch nicht neue organisatorische Mittel gefunden, die in der Lage wären, diese zu überkommen. Sie hat die organisierten Teile kritisiert, ohne ihre eigene, autonome und politische Repräsentation gefunden zu haben. Wir glauben nicht, wie andere es behaupten, dass die Organisation keine positiven Funktionen hatte. Diese ist zum Beispiel in der Vorbereitung von zeitlichen Ereignissen, in der Schaffung strukturierter Kommunikationskanäle und der Umsetzung von Koordinationsformen zu sehen. Jedoch glauben wir nicht, dass Organisationen alles sind.

Konsequenterweise fällt die Krise in den Mechanismen der organisierten Repräsentation nicht mit der Krise der Bewegung zusammen: die Hypothese vom Ende eines Zyklus führt zu einer übermäßigen Vereinfachung der Realität, in der wir uns bewegen. Die Frage geht viel tiefer: was sich tatsächlich in der Krise befindet, ist die Analyse der Bewegung, die noch auf der klassischen Form der Zyklen basiert: ein Schema, in dem Bewegungen innerhalb eines gegebenen zeitlichen Rahmens geboren werden, wachsen, einen Höhepunkt erreichen und wieder in sich zusammenfallen.

Der Entwurf der Zyklen hatte zwei spezifische Dimensionen. Die erste ist räumlich: es ist der Kontext der Aktion lokaler oder nationaler Bewegungen. Heute jedoch hat diese Bewegung einen Schritt nach vorne getan, indem sie sich den globalen Raum als Aktionsraum aneignete. Dies ist Ausdruck nicht nur einer quantitativen, sondern auch einer qualitativen Veränderung.

Während wir in Italien vom Ende eines Zyklus sprechen, trägt die Mobilisierung in Cancun dazu bei, die WTO scheitern zu lassen; gibt es in Bolivien eine erfolgreiche Erhebung



gegen die Regierung und die multinationalen Konzerne (bezogen auf die Menschenleben jedoch zu einem furchtbaren Preis); ist die Anti-Kriegsbewegung in den Vereinigten Staaten sogar nach dem offiziellen Ende des Krieges ereignisses in einem guten Zustand; setzen sich in Südafrika die Kämpfe gegen die neoliberale Politik des ANC fort; finden in Brasilien, Argentinien und Venezuela wichtige politische Experimente statt.

Diese Konfliktlaboratorien sind weder getrennt voneinander, noch nehmen sie einander nur aus der klassischen Perspektive der internationalen Solidarität wahr. Im Gegenteil, sie sind unausweichlich miteinander verknüpft. Untereinander kommunizieren und bestärken sie sich, ohne die sehnsüchtig erwartete globale Einigkeit vorherzusagen, sondern diese als Voraussetzung unserer Gegenwart anzunehmen.

Der Kampf der Piqueteros in den argentinischen sozialen Fabriken<sup>5</sup> und die Organisation der MigrantInnen, die aus den Flüchtlingslagern in Woomera flohen, erzählen nicht von fernen Begebenheiten, sie sprechen zu uns (wie die Flucht aus dem Bari Palese Flüchtlingslager, die das No Boarder Camp in Frassanito beendete, ein direktes Echo auf Woomera war): sie sprechen von den organisatorischen Experimenten neuer Formen lebendiger Arbeit; davon, wie die Materialität der Produktionsverhältnisse angegriffen werden kann, von den Begrenzungen und Potentialitäten des globalen Widerstandes. Auf diese Art und Weise, ebenso wie in Empire, bekommen wir keine Vorausschau oder Erklärungen unserer Zukunft, aber wir gewinnen Thesen für die Aufarbeitung, kollektive Erzählungen, offene Probleme für das Erfinden anderer Praktiken, die es in Anbetracht der Herausforderungen der Gegenwart wert sind, beachtet zu werden.

Die zweite Dimension der These von der zyklischen Natur der Bewegung basiert auf einer linearen Konzeption von Objektivitäten: die Referenz war die Macht (verkörpert durch den Staat). Entwicklung wurde von einer Perspektive relativ zu ihren Konflikten aus betrachtet, um sie entweder anzugreifen oder zu reformieren. Siege wie Niederlage produzierten immer eine Rückkoppelung. Dieses Schema

kommt nun zu einem Ende. Nicht nur, weil die Verlagerung der Souveränität die Orte der Macht unbestimmbarer macht, sondern auch, weil die Forderungen der Bewegung – Krieg und Frieden, freie Bewegungsmöglichkeit der Leute, Arbeit, die Entkommerzialisierung von Technologien und wissenschaftlicher Arbeit, Umweltschutz - auf die Wurzeln des Problems rückführen; sie lassen sich nicht auf ein Programm der „Phasen“ reduzieren.

Das geeignetste Paradigma, um diese Realität zu beschreiben, ist die soziale Bewegung der MigrantInnen; Subjekte, die durch ihre mobile Kritik die internationale Arbeitsteilung, nationale Grenzen und Lohngrenzen in die Krise stürzen. MigrantInnen sind Subjekte, die nicht befriedet werden können. Weder an den von ihnen verlassenen Orten (wie es der differenzierte Rassismus wünscht), noch an den Orten der Ankunft (wie es die Logik der Integration gerne hätte). Indem sie flüchten und nach einer anderen möglichen Welt suchen, bringen sie ihre Konflikte und Spannungen in die Orte, an denen sie ankommen (wie temporär oder permanent auch immer). Dies verhält sich mit der globalen Bewegung genauso.

Was im Kern sicherlich offenbleibt, ist die Herausbildung der Bezugspunkte und ihrer Gegenstücke, Punkte – wie provisorisch auch immer – um die Beeinflussung des Prozesses voranzutreiben. Es wäre zu wünschen, dass die Debatte über diese Thesen weitergeführt und nicht in Dimensionen verharren würde, die früher mit einem emphatischen Politikbegriff [org.: politiciste] belegt waren. Aus dieser Perspektive heraus denken wir, dass Europa immer noch als ein ambivalenter Raum und als ein mögliches Terrain für Veränderung begriffen werden sollte.

Von Beginn an provozierte die These der Bewegung als einem Agenten einer anderen Globalisierung – einer Globalisierung der Kämpfe und des Widerstandes - eine ausdrückliche Polemik gegen diejenigen, die sich primär an der Wiedererlangung nationaler Räume und den klassischen Hebeln des Sozialstaats des vergangenen Jahrhunderts orientierten (und es immer noch tun), um die „neoliberale“ Globalisierung zu zähmen oder zu blockieren. Wir wollen diese Bestrebungen nicht von der

#### **fünf**

Die sozialen Fabriken in Argentinien sind Fabriken, die unter der Selbstverwaltung der ArbeiterInnen stehen und eigenständig für den argentinischen Markt produzieren. Nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch in Argentinien 2001 gingen viele Unternehmen in Konkurs, woraufhin es zu Fabrikbesetzungen und die Wiederaufnahme der Produktion durch die entlassene ArbeiterInnenschaft kam. Viele dieser Fabriken haben heute noch einen unklaren Status; manche werden in Kooperativen umgewandelt, andere kämpfen ums Überleben. Gemein ist ihnen, dass sie eine enge Zusammenarbeit mit ihrer sozialen Umgebung eingegangen sind und ihren Kampf um Arbeit in einen politischen Kontext stellen.

nationalen auf die kontinentale Ebene übertragen, d.h. auf Europa als dem starken Subjekt eines erneuerten Anti-Amerikanismus zeigen. Um genauer zu sein: Für uns geht es nicht darum, nicht-praktikable politische Projekte auszuhalten, die versuchen, lokale und/oder nationale Rahmenbedingungen zu benutzen, um Erfahrungen der Kämpfe und des Widerstandes gegen das globale Kapital zu festigen. Wir wollen festhalten, dass jedes politische Projekt, unabhängig vom territorialen Maß seiner Anwendung, durch eine offene Haltung gegenüber der globalen Dimension charakterisiert werden muß, zu deren Errichtung die tatsächlichen Erfahrungen der ArbeiterInnenklasse und der postkolonialen Kämpfe materiell mehr beigetragen haben als die kapitalistische Entwicklung.

sechs

derive approdi,  
Anmerkung der Übers.

Wie wir es nach Genua taten, kommen wir heute hierher zurück, um auf die Fortdauer der Bewegung als einem offenen und komplexen Raum zu bestehen, in dem vielfältige Erfahrungen von der politischen Agitation und sozialer Konflikte, Experimente der Praxis und der Sprache nicht auf die Summe ihrer einzelnen Teile reduzierbar sind: es ist ein konstitutiver Raum, in dem der Prozess der Subjektivierung immer offen bleibt.

In dieser kontinuierlichen Untersuchung ist es offensichtlich nicht unsere Absicht, die besten Teile des Erbes, das die vergangene radikale Praxis uns hinterlassen hat, wegzuworfen: aber um dieses „Testament“ nutzen zu können, erfordert es die eigene Befreiung von jeglicher Nostalgie und das Einlassen auf dasjenige Hier und Jetzt, das uns lebendig und pulsierend weitergegeben wurde. Dies heißt nicht, dass es keine Widersprüche, Rückschritte und Fehler in der Bewegung gibt. Die täglich neuen Schwierigkeiten sind offensichtlich: wie die Suche nach dem momentan möglichen Äquivalent zu Streik und Sabotage in tayloristischen Fabriken; die Schwierigkeit, die Materialität der Produktionsverhältnisse zu beeinflussen; oder wie den Krieg beendet zu bekommen, obwohl am 15. Februar 2003 schon 110 Millionen Männer und Frauen rund um den Globus demonstrierten.

Zuerst müssen die Grenzen und Probleme aufgezeigt werden, aber innerhalb des Raumes der Politisierung, wie wir die glo-

bale Bewegung nennen. Außerhalb hiervon gäbe es nichts, als zu einem ideologischen und entkörpernten Streit innerhalb der Raum-Zeit von selbstreferentieller Impotenz zurückzukehren. Obwohl wir mit Schwierigkeiten und Unsicherheiten konfrontiert sind, ist es für uns eine größere Herausforderung, mit dem Experimentieren fortzufahren und zusammen die beunruhigenden Gewässer der zuletzt doch noch stürmischen Meere zu untersuchen, durch die wir segeln.

### Ein offener Raum pluraler Entwicklung

In den ersten 21 Ausgaben zwischen 1992 und 2002 war die Zeitschrift<sup>6</sup> insbesondere mit Italien und, allgemeiner, mit dem kapitalistischen „Westen“ beschäftigt. Dies basierte auf der Überzeugung, dass die Solidarität gegenüber den Bewegungen des „Südens“ der Welt kurzlebig sein würde, wenn man nicht die potentiellen Linien der Brüche und Krisen innerhalb der „Metropolen“ aufzeigen würde. Während wir teilweise andere Wege verfolgten als ursprünglich geplant, änderten sich die Dinge, als eine große soziale und politische Explosion tatsächlich stattfand: sogar für unser Herangehen signalisiert der Ausbruch der globalen Bewegung in der Gewalt ihrer Ereignisse einen zeitlichen Einschnitt. Nach den großen und tragischen Tagen von Genua fingen wir untereinander eine Diskussion an, die mit der Entscheidung endete, die Organisation der Zeitschrift teilweise zu modifizieren und eine neue Serie in Gang zu setzen. Dies bedeutete auch, die Herausforderung aufzunehmen, unsere Identität – wie untypisch auch immer sie sein mag – als einem Journal mit einer jahrzehnte langen Geschichte zu hinterfragen. Es geht darum, unsere Arbeitsthemen unter den neuen Umständen aufs Spiel zu setzen, sie zu verifizieren und zu erneuern.

Überraschend war allein schon der Ausbruch der Bewegung, die in Genua gegen den G8 demonstrierte, wie sie schon vorher bei großen Ereignissen demonstriert hatte und es danach auch weiterhin tat. Auf den Straßen und Plätzen dieser Stadt trafen sich sehr heterogene, individuelle und kollektive Subjekte. Zwar aus verschiedenen Richtungen her-

aus und auf der politischen Oberfläche oft kaum sichtbar, fanden sie – zum ersten Mal in Italien – einen gemeinsamen politischen Ausdruck in Form einer radikalen Kritik an der neuen Dimension des Kapitalismus. In einem solchen Zusammenhang wurde das Konzept der Multitude, das in unseren Diskussionen der 90er sehr präsent war, auf einmal konkret. Wir waren jedoch weit davon entfernt, uns selbst auf einen Zustand der ekstatischen Vertiefung in dieses Konzept einer Multitude-Komposition der Bewegung zu reduzieren. Oft haben wir die inneren Gefahren thematisiert, die sich aus der Benutzung der Kategorie der Multitude ergeben, wenn diese als ein schon gegebenes und konstituiertes Subjekts fungiert, das bereit für die endgültige Schlacht und historisch zum Sieg bestimmt ist. Wir zogen es vor, das große Potential der Multitude zu untersuchen. Ein theoretisches und praktisches Potential, oder um es endgültig richtig zu formulieren: das Potential als ein Raum der Subjektwerdung, welche nicht auf eine Einheitlichkeit heruntergebrochen werden kann; und in dem – im Gegensatz zur Vergangenheit – das Verhältnis zwischen Kollektiv und Singularität auf eine neue Grundlage spezifischer Differenzen und subjektiver Potentialitäten gestellt wird.

Es ist jedoch ein ambivalenter Raum, der für das Negative, für das „Böse“ immer offen ist. In diesem Sinne muß Geschlecht neu gedacht und erfunden werden, das weder ideologisch noch entkörperlicht ist, sondern eine aktive und protagonistische Rolle einnimmt, die von der Differenzen der Geschlechter als der Grundlage in der Materialität der Bewegung ausgeht.

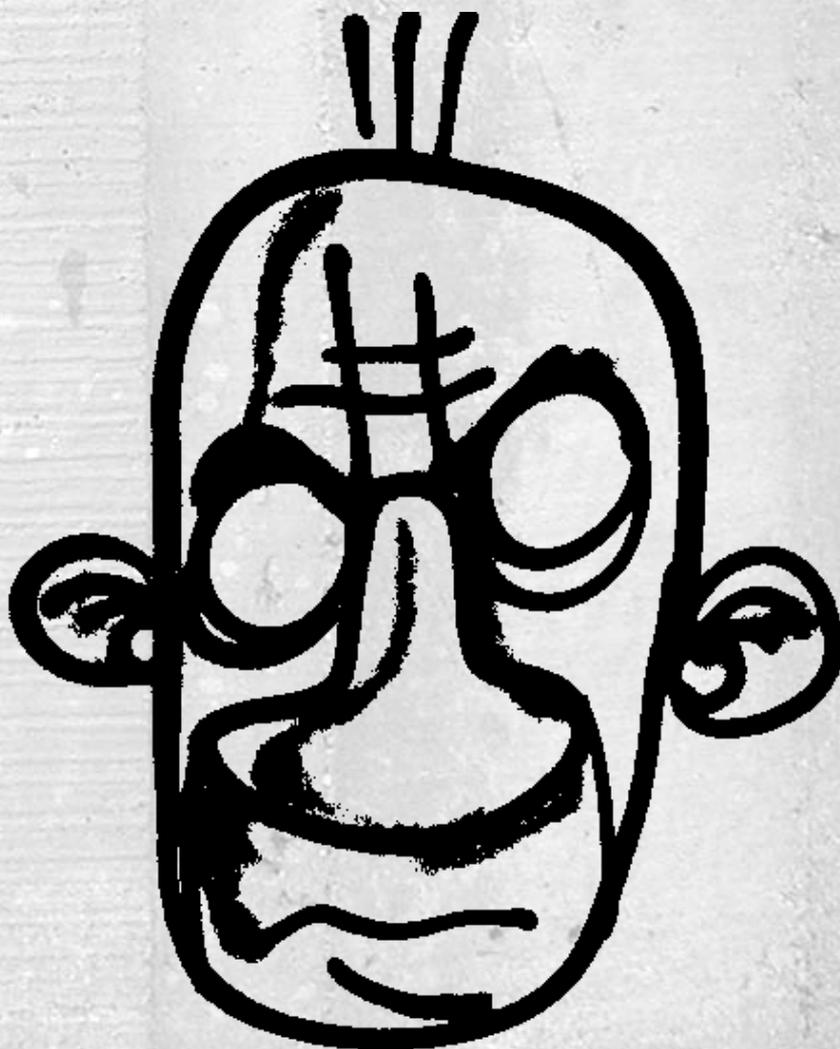
Nach der Wirkung des Juli in Genua definierten wir die Bewegung als ein neues Prinzip der Realität, an der sowohl politische Vorschläge als auch interpretierende Thesen über die Realität des heutigen Kapitalismus gemessen werden müssen. Es schien uns, dass die Existenz einer starken und radikalen Bewegung eine verstärkte Untersuchung und Reflexion erforderte, die die politische Militanz begleiten und aufs Genaueste ihre Grenzen und Probleme aufzeigen würde; dies war sinnvoller, als die theoretische Arbeit einzustellen, um in der täglichen politischen Aktion

völlig aufzugehen. Denn wir erkannten – um es ganz deutlich zu machen – dass die Grenzen, die wir innerhalb der Bewegung ausmachten, auch unsere eigenen waren.

Zur selben Zeit gelangte das Modell unserer Zeitschrift, Ausdruck einer politischen Linie oder eines organisierten Subjekts und Instrument des politischen Kampfes um Hegemonien zu sein, definitiv in eine Krise. Wir haben nach Genua nicht auf eine alles umfassende Einheit der Bewegung gesetzt: Pfade der Transformation aufzubauen gelingt nur durch die kritische Konfrontation und eine lebendige Debatte. Was wir sicherlich hinter uns lassen wollen, ist die Logik des *reductio ad unum*<sup>7</sup>, die für die organisatorischen Modelle des letzten Jahrhunderts typisch ist: nicht nur weil all dies fragwürdiger politischer Ballast ist, sondern auch, weil diese Logik nicht mehr funk-

#### sieben

Die Reduktion auf das Einzige, Anmerkung der Übers.





tioniert, wenn man sich mit den Forderungen des Multitude-Subjekts und der Mannigfaltigkeit der konfliktartigen Experimente konfrontiert. Zur selben Zeit will *Derive Appropi* kein reines Auffangbecken sein, das lediglich einen Raum der Diskussion stellt, die sich abstrakt zu den Dynamiken der Bewegung verhält; die nur ein „grenzgängerischer“ Akteur ist, der sich an den Rändern verortet, um die Unzulänglichkeiten der organisierten Komponenten herauszukitzeln. Im Gegenteil versuchen wir, mit der neuen Serie einen offenen Raum der vielfältigen Entwicklung aufzubauen, der sich völlig auf die inneren Dynamiken der Bewegung bezieht. Mit starken Ansichten, aber politischen enclosures<sup>8</sup> entgegengesetzt. Es geht darum, Beziehungen nicht nur zwischen den nicht-organisierten Subjekten zu knüpfen, sondern dies auch in den Grenzzonen zu tun; d.h. mit denjenigen, die – ohne auf ihre Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder eines Raums zu verzichten – in dieser dennoch problematisch leben: in einer dynamischen Tendenz, die auf die Distanzierung und Neudefinition gegenüber den eigenen Mechanismen von Identitäts-

acht

Eingrenzungen,  
Anmerkung der Übers.

produktion ausgerichtet ist. Insofern gehen wir davon aus, dass Identität, eher als eine gegebene Tatsache oder eine naturalisierte Grenze, ein Terrain des Kampfes ist. Wie alle Kategorien, kann die Kategorie der „globalen Bewegung“ nicht unkritisch oder wie ein charmantes linguistisches Klischee aufgenommen werden. Aus diesen Gründen sahen wir es als notwendig an, eine neues Projekt in der Zeitschrift zu beginnen, indem wir sie überprüften und eine Untersuchung des Zustands der weltweiten Bewegungen ausführten. Wir begannen mit einer Ausgabe, die wir beim ersten europäischen Sozialforum in Florenz im November 2002 präsentierten und die ausschließlich den europäischen Bewegungen gewidmet war. Während dieses Ereignisses dachten wir über die Möglichkeit nach, ein Netzwerk europäischer Zeitschriften aufzubauen, das in der Lage wäre, dauerhafte Beziehungen herzustellen und gemeinsame Projekte aufzuziehen. Wir fuhren in der nächsten Ausgabe damit fort, die Bewegungen derjenigen drei Kontinente zu beschreiben, die vormalig „dritte Welt“ genannt wurden. Dies rief großes Interesse und viele Beiträge hervor, was uns erlaubte, einen ersten, wenn auch bislang unvollständigen Entwurf einer kartographischen Orientierung zu machen und die Bewegung der Bewegungen in ihren sich gleichenden Entstehungsgeschichten nachzuzeichnen; von den Kämpfen gegen die Anpassungsprogramme des IWF zu der zapatistischen Revolte in Chiapas bis hin zu den sich entfaltenden Kämpfen inmitten der argentinischen Krise. Wir beendeten die erste Phase unserer Untersuchungen mit einer Ausgabe zu Nordamerika und Ozeanien. Unser Ziel ist es, nicht nur Wissen über in Italien wenig bekannte Situationen zu akkumulieren, sondern auch ein tatsächliches Netzwerk transnationaler Beziehungen aufzubauen.

Übrigens haben wir für diese drei Ausgaben methodisch gesehen nur Material ausgewählt, das aus den Beziehungen herrührte, die über einen offenen Rundbrief entstanden waren, in dem wir das Projekt vorstellten. Die „Lücken“ und fehlenden Materialien über wichtige Situationen beschreiben die uns betreffende, aber auch allgemeine Schwierigkeit, Beziehungen und Diskussionen aufzubauen.

en. Als Ergebnis vorheriger Beziehungen oder internationaler Termine haben sich über die letzten Jahre mehrere Kontakte etabliert. Aber bei jedem Redaktionsschluss hatte das eingesandte Material die Fähigkeit, uns zu „destabilisieren“: Kommunikationskanäle eröffneten sich auf unbekannte und ungedachte Weise. Zur selben Zeit zeigte sich, dass die schon entwickelten Kontakte nicht immer die interessantesten waren.

Wir können sofort damit anfangen, die Idee eines europäischen Zeitschriftennetzes wieder aufzunehmen, wie wir es in Florenz diskutiert hatten. Ein wichtiger Punkt, den es gilt, kollektiv anzugehen und der ein problematischer Knoten für die gesamte Bewegung ist, scheint die Struktur [org.: formazione] zu sein. Was wir hinter uns gelassen haben, ist glücklicherweise deutlich und (größtenteils) nicht zu hinterfragen: internationalistische Parteischulen, Indoktrination und die Übertragung ideologischer Schemen. Jedoch besteht das Problem weiterhin: neue strukturelle und vernetzte Prozesse müssen ausprobiert und organisiert werden, die in der Lage sind, ihre eigene, nicht-reduzierbare Pluralität als Voraussetzung für die globale Bewegung zu entwerfen.

Die Ansprüche sind hoch: es geht nicht länger um die Reproduktion politischer Rahmenbedingungen, sondern um die Umsetzung konstituierender Erfahrungen, die existierende Modelle radikal hinterfragen können. Die ehrgeizige Perspektive für ein Zeitschriftennetzwerk könnte sein, hier und jetzt andere Universitäten aufzubauen, offene Räume der Formierung und kritischen Subjektivität zu schaffen und den vielfältigen Ausdrücken der Subjektivierung eine Basis zu geben und sie zu bereichern, ohne ihre erfinderische und konstituierende Kraft zu verfremden.

Auf der Basis des bisher Gesagten haben wir absichtlich die Kategorien der Untersuchung und der gemeinsamen Recherche [org.: conricerca] gewählt, um unser Projekt zu qualifizieren und um auf eine Methode des theoretisch-politischen Arbeitens zurückzugreifen, die zu den wichtigsten Erbstücken der Tradition des Operaismus gehört, aus der die Zeitschrift und viele von uns kommen. So wie wir Untersuchung verstehen, ist sie ein

offener Prozess von Wissen, dass Transformation produziert. Er beginnt mit Thesen, die aber kontinuierlich auf ihre Wahrheit hin überprüft und problematisiert werden, während dieser Weg beschritten wird. Dies setzt einen kontinuierlichen Austausch von Ideen und Erfahrungen zwischen all den verschiedentlich beteiligten Subjekten voraus.

Deswegen haben wir diejenigen, mit denen wir in Kontakt gekommen sind, nicht gefragt, einfach nur zu erzählen „was sie von der Welt denken“. Niemand – und dies kann glaubhaft versichert werden – hat seine Beiträge auf eine reine Beschreibung des umgebenden Kontextes reduziert, und niemand hat sich für den eingeschlagenen Weg gerechtfertigt. Alle haben die Einladung, Protagonisten für eine Analyse der Bewegungen zu sein, akzeptiert und waren in der Lage, zumindest für eine kurze Zeit, jedwede „Sicherheit“ abzugeben und neues Potential für die Transformation zu entdecken; um die Gemeinsamkeit in den vielfältigen Wegen der Transformation aufzubauen.

Wir haben versucht nachzuweisen, dass der globale Raum weder glatt noch homogen, sondern zerfurcht und von Konflikten und Widersprüchen durchzogen ist. In dieser Dimension können wir das erste Mal Laboratorien aufbauen, in denen wir Praktiken, Ansatzpunkte, Sprachen und Ausführungen vergleichen und Experimente eingehen, anstatt einheitliche politische Linien zu entwerfen. Von Kanada bis Südafrika, von Argentinien bis Holland, von Korea bis Australien können die von uns gesammelten Materialien nicht aufgezählt und in eins zusammengefasst werden, sie existieren im gemeinsamen Dialog über geteilte Probleme und sich ähnelnden Perspektiven: von diesem Prinzip der Realität ausgehend müssen wir wieder beginnen. Um gemeinsam die Sprache wiederzufinden, dies ausdrücken und umsetzen zu können. ■■

#### **derive approdi**

Die italienische Zeitschrift *derive approdi* existiert seit fast 20 Jahren. Ihre AutorInnen verstehen sich als Diskussionszusammenhang, der die aktuellen linken Debatten in Italien, Europa und der globalen Bewegung bündelt und transparent macht. Aus der operaistischen Tradition kommend, beschäftigt sich *derive approdi* seit Beginn der 90er Jahre mit dem Herrschaftsprojekt Europa, um gemeinsame Diskussionen und politische Perspektiven zu entwickeln.

die Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua im Juli 2001 waren ein Höhe-, aber auch Scheidepunkt in der Geschichte der Antiglobalisierungsbewegung. Ein Höhepunkt, weil sich die Protestbewegung in Genua so groß, so vielfältig, so kreativ, so dynamisch und so entschlossen präsentierte wie nie zuvor – und bisher auch nie wieder danach. Ein Scheidepunkt, weil seit Genua verschiedene – sowohl bewegungsbezogene, als auch von ihr relativ unabhängige – Ereignisse ein „Weiter so“ für die Antiglobalisierungsbewegung unmöglich machten und die Gefahr eines Versandens der Protestbewegung wuchs.

Zu den bewegungsbezogenen Ereignissen gehörte zum einen die zunehmende staatli-

Rechtfertigungszwang gekommen. Auch wenn dies sicherlich ein Erfolg der Antiglobalisierungsbewegung darstellt, so erscheinen so manche euphorischen Kommentare, die bereits das Ende der neoliberalen Ära ausgerufen haben, dennoch als etwas voreilig. Denn weite Teile des massenmedialen Diskurses sowie der politischen Praxis (wie z.B. die systematische Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme, die Privatisierung lukrativer Bereiche öffentlicher Versorgung, die Umverteilungspolitik von unten nach oben etc.) sind weltweit nach wie vor vom Paradigma der neoliberalen Politik geprägt. Die ideologische Defensive des Neoliberalismus hat trotz der massiven Protestaktionen bis Genua keinen entsprechenden

# Sag mir wo du stehst

## entwicklungslinien und linksradikale perspektiven in der antiglobalisierungsbewegung antifaschistische linke berlin [ALB]

che Repression, die in Genua mit dem Tod von Carlo Giuliani einen ersten tragischen Höhepunkt erreichte. Die Brutalisierung staatlichen Vorgehens sollte die Bewegung nicht nur einschüchtern, das europaweite Anliegen von umfassenden Datenbanken tatsächlicher oder vermeintlicher AktivistInnen der Bewegung, verbunden mit Aus- bzw. Einreiseverboten im Umfeld der Gipfel stellt die Möglichkeit von effektivem Protest gegen diese Gipfel und damit die bisher wichtigste Aktionsform der Antiglobalisierungsbewegung überhaupt in Frage.

Zum anderen setzte sich innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung nach Genua die Erkenntnis durch, dass selbst der massivste Ansturm gegen die Tagungsorte keine grundsätzliche Abkehr der Regierungen und internationalen Institutionen von der neoliberalen Politik nach sich zog. Der Neoliberalismus, dessen fundamentale Kritik den kleinsten gemeinsamen Nenner der ansonsten doch recht heterogenen Antiglobalisierungsbewegung bildet, ist mit dem stetigen Anwachsen der Bewegung zunehmend unter

Niederschlag in den staatlichen Machtapparaten und internationalen Institutionen zur Folge gehabt. Da sich jedoch nach Genua die Intensität der Gipfelproteste wohl kaum noch in relevantem Ausmaß steigern ließ, stellte sich für die Antiglobalisierungsbewegung seither die dringende Frage nach sinnvollen Erweiterungen der eigenen Protest- und Aktionsformen, soll es nicht zu einer schleichenden Frustration der AktivistInnen kommen.

Zu diesen mit der Bewegung eng verbundenen Punkten traten zudem einige, von der Antiglobalisierungsbewegung zunächst unabhängige, einschneidende weltgeschichtliche Ereignisse, die fortan den medialen und politischen Diskurs weltweit bestimmten und die Antiglobalisierungsbewegung von den Titelseiten der Medien verdrängten:

### Der „war against terrorism“ als Medienspektakel

Die Anschläge vom 11. September 2001 zogen ein derart gewaltiges mediales Dauerfeuer nach sich, dass die radikale Linke für

eine Weile äußerst sprachlos wirkte, bis sie realisierte, dass mit dem „war against terrorism“ ein räumlich und zeitlich unbegrenzter Kriegszustand ausgerufen worden war. Damit war die perfekte Legitimation für jegliches (auch außerrechtsstaatliches) Vorgehen gegen potenziell alle politisch nicht opportune Gruppierungen und Bewegungen geschaffen. Denn der Umgang mit dem Label „Terrorist“ tendiert zur Beliebigkeit und welche Widerstandsbewegung mit diesem Label (zu Recht oder zu Unrecht) diskreditiert wird, ist letztlich nur eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse. Nicht nur die aufwendige Inszenierung des Antiterrorkriegs in den Medien lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit von Aktionen und Zielen der Antiglobalisierungsbewegung ab, angesichts des allgemeinen Bekenntniszwanges nach dem 11. September („Akzeptiert Ihr unsere ‘Anti-Terror-Politik’ oder steht Ihr auf Seite der Terroristen?“) wurde auch die Bewegung mit Hilfe dieser falschen Polarität in die politische Defensive manövriert.

#### **Weltordnungskriege und die „Renaissance“ der Friedensbewegung**

Wurde der Afghanistankrieg noch fast ausschließlich mit dem Label des „war against terrorism“ legitimiert, so ließ sich schon der anschließende Irakkrieg (trotz mehrerer dementsprechender Versuche) damit nicht mehr offiziell begründen. So wurde auf jene zynische Sprachregelung zurückgegriffen, die schon zur Rechtfertigung des Jugoslawienkriegs einige Jahre zuvor herhalten musste, die Rede vom „humanitären Krieg“. Die bürgerlichen Medien kaprizierten sich in der Folge auf eine möglichst detailreiche Berichterstattung von den jeweiligen Kriegsgebieten, die Globalisierungsthematik blieb in der Versenkung verschwunden. Der enge ursächliche Zusammenhang zwischen den aktuellen Weltordnungskriegen und den Erfordernissen einer zunehmend globalisierten kapitalistischen Ökonomie, konnte und sollte im medialen Diskurs nicht hergestellt werden.

Im Zug des Irakkriegs tauchte mit der Friedensbewegung ein politischer Akteur wieder auf, den viele schon auf dem

sprichwörtlichen Müllhaufen der Geschichte gesehen hatten. Dies bot der Antiglobalisierungsbewegung die Möglichkeit zur Rückkehr auf die politische Bühne, allerdings mit veränderter inhaltlicher Schwerpunktsetzung: Der gesamtgesellschaftliche Diskurs über das Thema Krieg machte es für große Teile der Antiglobalisierungsbewegung naheliegend, sich an den Antikriegsprotesten zu beteiligen und darin den oben erwähnten Zusammenhang zwischen Krieg und Globalisierung zu thematisieren. So sinnvoll die Verschränkung von Antiglobalisierungs- und Antikriegsprotesten auch sein mag, so war das Verhältnis zwischen beiden Bewegungen doch nie unproblematisch. Wirken in der Friedensbewegung doch auch Strömungen in einer (im Unterschied zur Antiglobalisierungsbewegung) relevanten Größenordnung mit, deren nationalistische oder antiamerikanische Überzeugungen mit einem (selbst im weitesten Sinne) emanzipatorischen Politikverständnis nichts mehr zu tun haben.





### In der Bewegung kämpfen

Dies stellt generell die Frage nach dem Umgang einer radikalen Linken mit den naturgemäß doch sehr heterogenen Sozialen Bewegungen. Sollte man tatsächlich in einer Bewegung aktiv bleiben, die selbst reaktionäre politische Ansätze enthält oder sollte man zu einer solchen Bewegung nicht eher auf kritische Distanz gehen?

Ein wichtiges Kriterium hierbei ist die Frage nach der politischen Hegemonie. Mit anderen Worten: Welche politischen Strömungen und Positionen prägen das Bild der jeweiligen Bewegung entscheidend? Tendiert die Bewegung eher in eine politisch und sozial emanzipatorische oder eher in eine reaktionäre Richtung? Obwohl in den beiden momentan relevanten Sozialen Bewegungen – der Antiglobalisierungsbewegung und der Bewegung gegen Sozialabbau – linksradikale Positionen nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt, so lässt sich angesichts der eindeutigen Dominanz von im weitesten Sinn linken Positionen doch ein positives Fazit ziehen.

Wer dagegen von vorne herein die Hegemonie der eigenen linksradikalen Position als notwendig für das Mitwirken in einer politischen Bewegung voraussetzt, wird de facto politikunfähig. Denn angesichts der Marginalisierung linksradikaler Positionen bedeutet dies letztlich nur das Verschieben jeglicher relevanter politischer Praxis auf den Sankt-Nimmerleinstag. Die von einigen Gruppen der radikalen Linken gerne von außen betriebene theoretische Kritik an der Antiglobalisierungsbewegung enthält keinerlei Perspektive, verlorenes gesellschaftliches Terrain zurückzugewinnen. Angesichts der dogmatischen Abstinenz mancher linksradikaler Gruppierung von Sozialen Bewegungen nimmt sich deren erklärtes Festhalten an der Utopie des Kommunismus reichlich künstlich aus und ähnelt dem berühmten Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. Gerade weil der Kommunismus – wie Marx in „Die deutsche Ideologie“ ausführt – nicht „ein Ideal [ist], wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird“, sondern „die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“<sup>1</sup>, stellt eine rein akademische Beschäftigung mit Kommunismusvorstellungen ohne ein Sich-Einlassen auf die real

vorhandenen Sozialen Bewegungen mit all ihren Fehlern und Schwächen keinen ernst zu nehmenden Ansatz zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation dar.

### Die Bewegung radikalisieren

Sich für das politische Wirken in den momentanen Sozialen Bewegungen zu entscheiden, heißt jedoch nicht etwa, in diesen einfach aufzugehen. Soziale Bewegungen sind komplexe Gebilde, in denen höchst unterschiedliche politische Kräfte punktuell zusammenwirken. Will man die eigenen linksradikalen Positionen gesellschaftlich breiter verankern, um revolutionäre Prozesse in Gang zu setzen, so müssen die vorgefundenen Kräftekonstellationen in diesen Bewegungen zugunsten der eigenen Positionen verändert werden. Dies bedeutet für die Antiglobalisierungsbewegung wie für die Bewegung gegen Sozialabbau, die bisher bestehende Hegemonie der sozialreformerischen Positionen zu brechen. Sozialreformerische Gruppen wie etwa Attac orientieren sich in der Regel an neokeynesianischen Vorstellungen einer Re-Regulierung des weltweiten Kapitalismus auf nationaler wie internationaler Ebene. Derartige über staatliche Macht umzusetzende Modelle eines „Global Governance“ haben mit einem antikapitalistischen und antistaatlichen Politikverständnis wenig gemein. Statt sich der Illusion hinzugeben, man könne mittels des Staates das Rad zurückdrehen und die goldenen Zeiten des weitgehend krisenlosen Nachkriegskapitalismus wieder entstehen lassen, wäre eine Reformulierung einer marxistisch fundierten grundsätzlichen Kapitalismuskritik mit der Perspektive der Überwindung kapitalistischer (Ausbeutungs-)Verhältnisse und einer basisdemokratischen Selbstorganisation von Menschen angesagt.

### Schlussfolgerungen

#### für die weitere politische Praxis

Auch in Zukunft kommt internationalen Gipfelprotesten eine hohe Bedeutung zu. Denn diese bedeuten stets eine öffentlichkeitswirksame Delegitimierung der Gipfel und der dahinter stehenden Institutionen, wie sie mit keiner anderen Aktionsform erreicht werden könnte. Zum anderen können diese Zu-

eins

MEW Bd.3, S.35

sammentreffen von den linksradikalen AktivistInnen der Antiglobalisierungsbewegung genutzt werden, um ihre internationale Vernetzung voranzutreiben. Dies würde nicht nur einen besseren Austausch über die vielfältigen lokalen Widerstandspraxen und Aktionsformen ermöglichen; eine bessere Koordinierung der eigenen Aktionen könnte auch eine größere Aufmerksamkeit und damit ein Bedeutungszuwachs für die linksradikalen Kräfte innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung nach sich ziehen. Dies gilt natürlich auch für lokale Bündnisse: In Berlin ist mit der Vernetzung von vier linksradikalen Gruppen zum Aktionsbündnis „ACT!“ ein erster Schritt in diese Richtung erfolgt.

Soll sich die Antiglobalisierungsbewegung aber mit der Zeit nicht totlaufen, muss die Gipfelmobilisierung durch eine lokale und regionale Verankerung der Bewegung ergänzt werden. Hierbei bietet sich eine Beteiligung an den vielfältigen sozialen Kämpfen an, um die Folgen der kapitalistischen Globalisierung in den konkreten Lebenszusammenhängen (wie Konkurrenzdenken, Leistungszwang, Unter-

ordnung der Menschen unter kapitalistische Profitinteressen oder soziale und psychische Verelendung und Marginalisierung) zu thematisieren und anzugreifen. Dabei handelt es sich gerade nicht um eine Form klassisch linker Stellvertreterpolitik. Denn die hier geführten sozialen Kämpfe sind durchweg gesellschaftliche Felder, welche uns selbst betreffen – sowohl als Individuen als auch als politische Gruppe.

Neben den klassischen Formen von Protest gewinnt in diesen sozialen Kämpfen die Aktionsform des Sozialen Ungehorsams an Bedeutung. Dies meint symbolische Aktionen, die gezielt gegen das bürgerliche Normensystem verstoßen, um in zugespitzter Form auf die destruktiven und menschenverachtenden Auswirkungen kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsverhältnisse in verschiedenen alltäglichen Lebensbereichen hinzuweisen. Letztlich stellen diese Aktionen eine Erweiterung des Interventionsspektrums gegen die herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse dar.

## **zwei**

Im Aktionsbündnis ACT! haben sich folgende Gruppen miteinander vernetzt: Antifaschistische Linke Berlin (ALB), Autopool, Für eine linke Strömung (FeS) und Si!

# ACT!

## **drei**

Eine solche Aktion war beispielsweise die vom Sozialforum Berlin im Herbst 2003 durchgeführte Besetzungsaktion für ein Soziales Zentrum.



**„Hier kommt kein Masterplan!“**

Das stärkste Argument zur Rechtfertigung dieser Verhältnisse ist nach wie vor ein Ausspruch Margaret Thatchers, mit dem sie zu Beginn ihrer Amtszeit als Premierministerin ebenso lapidar wie erfolgreich ihre neoliberal inspirierte Politik des sozialen Kahlschlags begründete: „There is no alternative!“ Auch heute noch wird das sogenannte TINA-Prinzip als Totschlagargument gegen all jene eingesetzt, die sich mit dem weltweiten kapitalistischen Ausbeutungs- und Verelendungsprozess nicht einfach abfinden können und wollen. Mit dem Hinweis auf das Fehlen konkreter gesellschaftlicher Alternativen soll zum einen die historische Zwangsläufigkeit kapitalistischer Verwertungslogik festgeschrieben, zum anderen jegliche grundsätzliche Kritik an den untragbaren Verhältnissen diskreditiert und auf das Bearbeiten „realistischer“ Detailfragen innerhalb des Systems zurechtgestutzt werden.

Doch so wenig sich die radikale Linke für alle Zeiten auf eine reine Negation der kapitalistischen Verhältnisse zurückziehen kann, so wenig kann von ihr gefordert werden, ein fertiges alternatives Gesellschaftsmodell quasi auf dem Reißbrett zu entwickeln und auszuformulieren. Gerade weil jegliche Vorstellungen von Gesellschaft aus gesellschaftlichen Praxen geboren werden, können sich auch konkrete Züge einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus erst im Verlauf eines revolutionären Prozesses ergeben. Um einen solchen Prozess zu initiieren, muss es Aufgabe einer radikalen Linken sein, einerseits die (soziale und ökologische) Perspektivlosigkeit des kapitalistischen Systems durch eine fundierte Kritik ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit zu rücken und andererseits Ansätze einer gesellschaftsverändernden Praxis in den Sozialen Bewegungen zu entwickeln.

Dass dies kein leichtes und widerspruchsfreies Unterfangen darstellt, nicht zuletzt weil wir schließlich selbst in die bestehenden (Ausbeutungs-)Verhältnisse involviert und von diesen geprägt sind, bedeutet nicht, dass dies nicht notwendig wäre. Oder, wie Che Guevara es formuliert hat: „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!“

II





Mich interessiert vor allem  
die Zukunft,  
denn das ist die Zeit,  
in der ich leben werde.«

**Albert Einstein**